

Er scheint täglich außer Montag. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Wochenschrift 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark 50 Pf. Monat. Eingetrag. in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1895 unter Nr. 7128.

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfgetragene Zeitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. Inlerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Lebensversicherer: Juni 1, Nr. 1598. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 1. März 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Zu Beginn eines neuen Monats richten wir an alle Freunde und Parteigenossen die dringliche Bitte, für die Erweiterung unseres Abonnentenkreises mit aller Energie thätig zu sein. Gegen die Partei, deren Zentralorgan der „Vorwärts“ ist, haben die vereinigten Parteien der Reaktion, denen der Boden unter den Füßen wankt, jetzt alle ihre Kräfte aufgeboten; durch ein neues Nebelgesetz soll die zahlreichste Partei in Deutschland, mundtot gemacht, und für unsere Feinde und des Volkes Feinde die Ruhe des Kirchhofes hergestellt werden, damit sie ungehindert ihre gemeinschädliche und gemeingefährliche Arbeit verrichten können. Die Kämpfe, in denen wir stehen, sind von entscheidender Bedeutung; und die Verhandlungen des Reichstages über die sogenannte Umsturzvorlage, die jetzt in der Kommission sich abspielen, bald aber im Plenum stattfinden werden, sind von ganz besonderer Wichtigkeit. Unter diesen Umständen ist es doppelt notwendig, daß die Parteigenossen sich in dem Zentralorgan der Partei über alle Vorkommnisse aufs genaueste unterrichten, und daß sie dafür sorgen, daß der „Vorwärts“ immer weiter verbreitet wird. Je größer die Verbreitung des Zentralorgans, desto größer sein Einfluß und seine Wirksamkeit, und desto größer die Macht der Partei.

Die Redaktion des „Vorwärts“ wird bemüht sein, ihre Pflicht zu thun, und das Zentralorgan der Partei würdig zu machen!

Mit dem 1. März eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

mit der illustrierten Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditionen, sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

1,10 M. für den Monat März

entgegen. (Eingetragen in die Post-Zeitungsliste für 1895 unter Nummer 7128.)

In unserem Feuilleton wollen wir im Monat März eine Erzählung aus dem Leben: „Zu Tode geht“, von Franz Held, veröffentlichen. Diese Erzählung beruht durchweg auf gerichtlichen Akten, die von uns dem Verfasser zur Verfügung gestellt worden sind, und sie zeigt, wie heute der, welcher von seinem Rechte nicht weicht, in Form Rechtsens zu Grunde gerichtet werden kann.

Nach Schluß von: Zu Tode geht! beabsichtigen wir den früher angekündigten Roman, die Berliner Märzereignisse des Jahres 1848 behandelnd, zu veröffentlichen.

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.]

Skizzen aus dem südamerikanischen Hinterlande.

Ein Blatt südamerikanischer Geschichte.

Wir sind zwei Brüder allein im Hause, Carmen, und haben weiter niemand bei uns, der unser Haus versteht, als die Fran, mit der Nicanor lebt; ... da giebt's wenig Zeit, um sich nach jungen Mädchen umzusehen ... wir sind arme Tabakbauern und arbeiten mit der Pade ... und auch in Borrero Grande fangen die Töchter des Landes an, sich nach reichen Liebhabern umzusehen, zum mindesten muß man eine große Heerde Vieh sein eigen nennen ... um vor ihren Augen Gefallen zu finden ... Was man verdient mit seiner Arbeit, wir pflanzen weiß Tabak, geht eben so drauf, um leben zu können ... mit dem Kriege und den Fremden, die er hereingebracht, ist die Lust nach all dem Trödel in ihnen erwacht, was sie früher nicht gekannt haben ... Seidene Lächer, feine Schuhe und Gott weiß was noch für Zeug will man heute auch in Borrero Grande sehen ...

Sie sprechen aber einmal schlecht von den paraguayischen Mädchen, Silvano, und Sie wissen sehr gut, daß nicht alle so sind ...

„Ist es nicht schön unser Vaterland,“ sagte plötzlich Silvano aufstehend, und in die Nacht um ihn heraus-

Wider den Umsturz, für Religion, Sitte und Ordnung.

Die ausgegebene kaiserliche Parole beschäftigt seit Monaten die öffentliche Meinung und hat sich bei der Reichsregierung zu einem Gesetzentwurf, zu der bekannten Umsturzvorlage verdichtet.

Man sollte voraussehen, daß in diesem Bestreben, der Hydra des Umsturzes den Kopf zu zertreten, die staatlichen Organe es in erster Linie als ihre Pflicht erachten, alles zu verfolgen, was direkt und indirekt den Umstürzern Wasser auf ihre Mühlen liefert, sobald eine gesetzliche Handhabung sich dazu bietet. Denn was hilft der Kampf gegen den Umsturz, wird den Umstürzern immer von neuem Material geliefert, das ihre umstürzlerische Thätigkeit gegen die auf „Religion, Sitte und Ordnung“ begründete bürgerliche Gesellschaft begünstigt.

Religion, Sitte und Ordnung werden nun aber unzweifelhaft in erster Linie und auf's schwerste verletzt, wenn zum Beispiel ein erwachsener Mann, der im vollen Besitz seiner Geisteskräfte sich befindet und sozial eine gesellschaftlich angesehene Stellung einnimmt, ein schulpflichtiges Kind an sich lockt und mit denselben wiederholt unglückliche Handlungen vornimmt. Mit Recht setzt das Straf-Gesetzbuch auf ein solch gemeines Verbrechen eine Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren, und man sollte glauben, daß, wenn ein solcher Vorgang zur Kenntnis der Anklagebehörde kommt, der bloße Vorgang schon an sich genügt, um die Anklage auf Grund von § 176 des Straf-Gesetzbuchs zu erheben.

Wir gestehen, daß wir uns in dieser Beziehung getäuscht haben und nicht für möglich gehalten haben, daß eine Anklagebehörde, zu deren Kenntnis ein solches Verbrechen gelangt, die Erhebung der Anklage unter einer Begründung ablehnt, die, wenn sie auch von anderen Instanzen gebilligt werden sollte, notwendig den Glauben an die religiöse und sittliche Grundlage, die unsere Staats- und Gesellschaftsordnung besitzen soll, aufs höchste erschüttern muß.

Es handelt sich um ein Verbrechen, das der Inhaber des Casan'schen Panoptikums Casan, geraume Zeit und verschiedene Male an der Tochter eines Berliner Handwerkmeysters, dessen Namen wir vorläufig verschweigen, begangen hat. Das betreffende Kind war, als Casan für seine verbrecherischen Zwecke an sich lockte — es war zufällig mit anderen Kindern zu einem Besuch ins Panoptikum gekommen — eben erst 12 Jahre alt geworden. Es steht gegenwärtig im 14. Lebensjahr, das es Ende Juni dieses Jahres erreicht, und besucht noch die Gemeindeschule in der M.-Straße. Daß das Kind die Schule noch besuchte, war Casan genau bekannt, er hat nach seinem eigenen Geständnis an den Vater des Mädchens das letztere öfter beim Ausgange aus der Schule erwartet und für seine verbrecherischen Zwecke mitgenommen. Daß dieses Verbrechen so lange Zeit möglich war, ohne daß die Eltern des Kindes auf dasselbe aufmerksam wurden, erklärt sich daraus, daß die Mutter des Kindes lange an einem

schweren Krebsleiden erkrankt war und im Sommer des vorigen Jahres starb. Der Vater ging seinen Geschäften nach und erhielt erst durch einen anonymen Brief, kurz vor Weihnachten, von dem verbrecherischen Treiben Casan's mit seiner Tochter Kenntnis.

Als jetzt Casan von dem Vater des Kindes zur Rede gestellt wurde, bekannte er alles, er bot Geld, bat, flehte und drohte schließlich mit Selbstmord. Der Vater schwankte, ob er es auf einen öffentlichen Skandal ankommen lassen soll, endlich entschloß er sich am 23. Januar, bei der Kriminalpolizei Anzeige zu machen. Die Angelegenheit ging weiter und am 15. Februar erhielt er folgenden Entscheid des Ersten Staatsanwalts beim Landgericht I:

Der erste Staatsanwalt bei dem königlichen Landgericht I Berlin. Berlin NW., Alt-Moabit 11, den 14. Februar 1895.

Auf Ihre Anzeige vom 31. Januar gereicht Ihnen zum Bescheide, daß ich nicht in der Lage bin, gegen den Bildhauer Louis Casan wegen Verbrechens gegen § 176 oder Vergehens gegen § 182 des Str.-G.-B. einzuschreiten.

Daß Ihre Tochter Gertrud das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, ist dem Casan, als er vor etwa einem halben Jahre zu Ihrer Tochter in nähere Beziehungen trat, nicht bekannt gewesen, vielmehr konnte er nach dem Aussehen Ihrer Tochter, deren Benehmen und Auftreten sehr wohl der Ansicht sein, dieselbe habe das 14. Lebensjahr längst überschritten. Die jetzt von Ihrer Tochter aufgestellte Behauptung, sie habe dem Casan ihr Alter mitgeteilt, erscheint uns weniger glaubwürdig, als sie vor der Polizei ausdrücklich erklärt hat, daß Casan sie niemals nach ihrem Alter gefragt, sie ihm dieses auch nicht mitgeteilt habe. Die weitere Behauptung Ihrer Tochter, daß Casan sie stets gewaltfam in sein Atelier gezerrt, trotz ihres Sträubens ausgezogen und wider ihren Willen mißbraucht habe, verdient ebenfalls keinen Glauben, vielmehr ist anzunehmen, daß Ihre Tochter den Anforderungen des Casan freiwillig nachgegeben ist. Wider den Willen Ihrer Tochter würde es dem Casan nicht möglich gewesen sein, dieselbe, ohne daß es von anderen bemerkt worden wäre, in sein Atelier zu bringen, wenn sie sich nicht zum mindesten in der unmittelbaren Nähe desselben aufgehalten hätte. Dies würde sie doch aber nicht etwa 5 Mal gethan haben, wenn Casan sie stets gewaltfam und wider ihren Willen mißbraucht hätte. Auch das Entfernen sämtlicher Kleidungsstücke kann nur mit Zustimmung Ihrer Tochter geschehen sein, da bei einem ernstlichen Sträuben diese Entfernung wenn nicht ganz ausgeschlossen, so doch nur unter erheblicher Beschädigung der Sachen möglich gewesen wäre.

Für die freiwillige Hingabe spricht endlich auch der Umstand, daß Ihre Tochter stets anstandslos Geschenke und Bittens von Casan entgegengenommen hat, und von dem Verhalten des Casan, in dessen Ausstellungsräumen sie vielfach allein und mit andern Personen verkehrt hat, zu niemand gesprochen hat. Ein Einschreiten aus § 182 erscheint ebenfalls ausgeschlossen.

Das Alter Ihrer Tochter ist, wie bereits bemerkt, dem Casan nicht bekannt gewesen. Er konnte sehr wohl der Ansicht sein, sie sei älter als 14 Jahre. Die Behauptung des Casan, daß er auf Grund des Auftretens und Benehmens Ihrer Tochter der Ueberzeugung gewesen sei, Ihre Tochter sei nicht mehr unbescholten, erscheint durchaus

storbend ... sagen Sie selbst, Carmen, braucht man hier bei uns etwas von all dem Tand, was uns die Fremden hierher schleppen ... ich entsinne mich noch dunkel meiner Mutter, sie starb schon vor dem Kriege ... wenn sie abends vor unserer Hütte saß, pflegte sie sich Leuchtkäfer ins Haar zu stecken, die glänzten schöner als Diamanten, und beim Tanz am Tage trug sie scharlachrote Verbenen ... ich weiß nicht, was ich habe, Carmen, ich bekomme heute allerlei Gedanken, die ich früher nicht gehabt habe ... auch nicht im geringsten ... es ist mir, als wenn ich in der kurzen Spanne Zeit, die ich durchlebte, und in dem Kriege, den ich als junger Bursche mitmachte, die ganze Geschichte meines Vaterlandes durchlebt habe ... und das, was ich neulich mitgemacht habe, scheint mir unser Ende vorzustellen. Wie mir die alten Indier erzählen als Junge — ich schweifte gern mit ihnen durch die Wälder — wie wir früher einmal glücklich und ohne Sorgen auf unserm armen Boden gelebt haben in Redlichkeit und mit voller Treue zu dem andern. Wie dann jene fremden Eroberer in unser Land hereinkamen mit Waffen gegen uns, die wir keine hatten, und uns wie wilde Thiere zu jagen ... Sie vernichteten uns, stahlen unsere Schweifern und Mütter, raubten den Ertrag unserer Arbeit und lehrten uns zum Ueberfluß, daß man ein gegebenes Wort nicht zu halten brauche. Man erzählte mir als Kind alte Sagen, wie früher die Treue gehalten sei, und wie der eine starb, um dem andern sein Wort zu halten ... aber das ist heute nur noch Sage ... die fremden Spanier raubten uns alles, selbst unsere Ehre ... sie lebten mit den Töchtern des Landes, ich habe ja selber fremdes Blut in den Adern; und es scheint, als wenn mit dem fremden Blut auch fremde Gedanken in uns gekommen sind ... unsere Rasse ist ge-

storben, und unser Geschlecht geht den Weg des endgiltigen Niedergangs ...

„Sie predigen ja wie ein Pfarrer auf der Kanzel, Silvano,“ sagte Fran Concepcion, die eben hinzutrat und das letzte gehört hatte.

„Es ist gut, daß Sie uns belauscht haben, Sennora, ich bin Ihnen noch etwas schuldig; oder nur wie Sie es nehmen wollen, und ich muß meine Schuld zahlen; wer weiß ob ich noch einmal Gelegenheit dazu bekomme; wenn sie mir morgen ein Pferd geben wollen, so will ich fort von hier, ich fühle mich kräftig genug ...“

„Sie wollen weg von uns“, rief erschreckt Carmen aus.

„Mein Platz ist an der Seite meines Bruders, Carmen, und an der Seite der Leute die bei ihm sind. Wenn es noch eine Rettung für unser Vaterland giebt, ist sie dort zu finden, und ich wäre ein unehrenhafter Mensch, wenn ich dazu nicht nach meinen Kräften beitragen sollte. Habe zwar nur halbes Blut in den Adern, halber Indianer, halber Spanier ... spanisches Blut, Abenteuerblut, das nichts heilig hält. Sie entsinnen sich doch noch Concepcion, als wir in Terebebuy jagten ... ich glaube ich war früher krank daran, jetzt fühle ich, daß ich gesund bin von dem Aderlaß, den man mir machte ... wenig ehrenhaft war's von mir, Concepcion, daß ich damals einen Augenblick vergessen konnte, daß ich eine paraguayische Familienmutter vor mir hatte ... verzeihen Sie mir das ... sollte ich noch einmal vor Ihnen erscheinen, so will ich anders dastehen als damals ...“

Carmen schaute ohne zu begreifen beide an. Fran Concepcion zuckte ein wenig mit den Winkeln ihrer Lippen, als wollte sie etwas entgegen; aber sie bezwang sich und sagte zu ihrer Schwester:

glaubwürdig. Die Unbescholtenheit Ihrer Tochter, bevor sie mit Castan verlobt hat, unterliegt jedenfalls erheblichen Bedenken, daß zur Feststellung derselben die Aussage Ihrer Tochter allein nicht genügt. Nach der richterlichen Befragung Ihrer Tochter hat Castan mit dieser auch nicht den Beischlaf vollzogen, sondern nur unzüchtige Handlungen vorgenommen.

Da Ihre Tochter, wie anzunehmen durchaus begründet erscheint, dies ohne jedes Bedenken gestattet hat, so hat dem Castan auch das Bewußtsein, durch seine Handlungen zu beleidigen, gefehlt.

Der Erste Staatsanwalt.
Im Auftrage:
Flickel.

Die Leser werden mit uns voll Stammen die Ausführungen des Ersten Staatsanwalts beim Landgericht I gelesen haben. Diefen zufolge, so sollte man glauben, ist nicht Castan sondern das schulpflichtige Mädchen der eigentliche Verbrecher.

Für den verantwortungsfähigen gesellschaftlich angehenden Mann hat der Staatsanwalt eine Entschuldigung über die andere, für das schulpflichtige Kind nur Anklagen über Anklagen.

Wahrlich, unsere Wüstlinge à la Castan können sich keinen besseren Staatsanwalt wünschen, als den unterzeichneten Staatsanwalt am Landgericht I.

Das Stärkste ist, daß der graue Sclinder Castan nicht angeklagt werden soll, weil er angeblich nicht wußte, daß das von ihm mißbrauchte Kind — und daß es mißbraucht wurde, hat das Kind unter Angabe aller Einzelheiten dem Vater gestanden; dies hat auch Castan dem Vater gegenüber selbst zugestanden — noch nicht vierzehn Jahre alt sei und keinen Widerstand geleistet habe.

Wo steht aber im Gesetz, daß der Verbrecher straflos bleibe, weil das verführte Kind keinen Widerstand geleistet hat?

Der § 176 mit bezug auf die Ziffer 3 lautet klar und bestimmt:

Mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren wird bestraft, wer 3. mit Personen unter vierzehn Jahren unzüchtige Handlungen vornimmt oder dieselben zur Verübung oder Duldung unzüchtiger Handlungen verleitet.

Doch das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Die Berufung gegen die Entscheidung des Staatsanwalts am Landgericht I ist eingelegt und der Spruch der höheren Instanz ist — so darf man erwarten — eine Aufhebung des ersten Beschlusses und eine Anklage gegen den Verbrecher Castan.

Es ist etwas Schönes um den Kampf gegen den Umsturz für Religion, Sitte und Ordnung, aber man fasse dann auch die Verbrecher, wo sie sich finden. Im vorliegenden Falle ist Religion, Sitte und Ordnung aufs allerseherste verletzt, darum:

Staatsanwalt vor.

Politische Ueberlicht.

Berlin, 28. Februar.

Zu der heutigen Sitzung des Reichstages wurde mit der zweiten Beratung des Marine-Etats begonnen. Da keiner der freitigen Posten zur Verhandlung kam, und alles bereits in der Kommission durchgesprochen war, so verlief alles sehr rasch und sehr ruhig. Zu einer Erörterung unserer Interessen gaben nur die Arbeiter-Entlassungen von den Kieler Werften Anlaß. Die Anfrage des Genossen Legien wurde ungenügend beantwortet, so daß die Sache bei der dritten Befragung nochmals vorkommen wird. Bis dahin werden die Behörden sich besser informiert haben. Eine Bemerkung Kardorff's gegen Legien veranlaßte Vebel zu einer kurzen Darlegung unseres Standpunktes gegenüber den Ausgaben für Marine und stehendes Heer.

Es ist unvordenklich, Herr Godoy verabschiedet sich endgiltig, giebt ihm die Hand; denn er muß reiten, ehe die Sonne ausgeht.

Carmen drückte wortlos die Hand Silvano's und schlug, als er sie einen Augenblick anschaute, die Lider herunter, dann sagte sie leise:

Nicht wahr, Silvano, Sie lassen einmal von sich hören...

Beim Nachhauseritt blieben die beiden Schwestern eine lange Zeit stumm und jedes schien eigenen Gedanken nachzugehen, bis auf einmal Frau Concepcion zu ihrer Schwester sagte:

„Findest Du nicht auch, Carmen, daß der General Caballero ein untadeliger Cavalier ist...“

Silvano Godoy ritt am andern Tage in aller Frühe davon und langte unangefochten bei seinem Bruder an.

Unterdessen glaubte Herr Francisco Guanes, daß es endgiltig Zeit sei, den Hauptschlag zu geben... Darum schrieb er an seinen Freund Bantista Gili einen Brief, in dem er zuerst die Unklugheit der Revolutionsmacher bitter tadelte, ohne geeignete militärische Ausrüstung einen Aufstand gewagt zu haben, der unter diesen Umständen zu einer sichern Niederlage führen mußte, und gab ihnen dann Anweisung, sich sofort mit guten Waffen zu versorgen. Das dazu nötige Geld sollte aus dem ihm eröffneten Kredit bestritten werden und wenn etwas fehlen sollte, würde er für jeden Betrag einstehen. Er war schließlich so vernünftig, unter diesen Brief nicht Francisco Guanes, sondern Juan Gomez zu schreiben, und auch der gewiegteste Schreib-Sachverständige hätte niemals annehmen können, daß die Handschrift in dem Briefe aus der Feder eines Münchener Apothekers herstamme. Und Herr Bantista Gili war wieder soweit in der Praxis der Diplomatie vorgeschritten, als daß er seinen Freunden gesagt hätte, von wo das Geld herkam, das er ihnen zur Verfügung stellte. Er erzählte im Gegentheil eine längere rührende Geschichte, wie er sich finanziell vollkommen ruinirt habe, um der neuen Revolution zu dienen und bat, daß man dafür später seiner gedenken möge. So erstand man dann sechs Kanonen und eine Menge Schusswaffen sammt reichlicher Munition, die man im geheimen auf paraguayisches Gebiet hinschaffte, wo man an der Südgrenze des Landes ein bewaffnetes Lager errichtete, ähnlich wie man früher in Barrero Grande gehabt hatte. Man beabsichtigte zur Zeit, wenn der englische Dampfer mit dem Extrage der neuen Anleihe angekommen, in Elmiras nach Nacion zu rücken und eine neue Entscheidung zu versuchen; wenn es nötig wäre, es auszuhungern, wie früher Godoy gerathen, oder einen direkten Angriff zu wagen. (Fortsetzung folgt.)

Die Debatte über die neuen Schiffe und die neuen Marinepläne wird auf morgen vertagt. Aus dem mündlichen Bericht des Zentrumsmannes Lieber erhellt, daß von großen Reformplänen „amtlich nichts bekannt“ ist. Auch bei den letzten Militärplänen hat das Wort „amtlich“ eine große Rolle gespielt.

bleibt Zeit übrig, so wird die Beratung des Militär-Etats schon morgen beginnen. —

Die Nachwahl in Eichwege-Schmalldorf findet heute statt. Bei der Reichstagswahl im Juni 1893 wurden von 21926 Wahlberechtigten 14789 Stimmen abgegeben, darunter freikonservativ 4280, freisinnige Volkspartei 2844, Sozialdemokraten 8765, Antisemiten 3809. Bei der Stichwahl zwischen freikonservativen und Antisemiten siegte der Antisemit Bock mit 6879 gegen 4892 Stimmen. —

Der Bundesrath überwiegt in seiner heutigen Plenarsitzung die Mitteilung des Präsidenten des Reichstages über den Beschluß des Reichstages zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu vom 4. Juli 1872, ferner die Vorlage, betreffend die Verleihung von Korporationsrechten an die Rheinische Gander-Plantagen-Gesellschaft und den Gesetzentwurf wegen Abänderung des Branntweinsteuer-Gesetzes vom 24. Juni 1887 den zuständigen Ausschüssen. Der Ausschussantrag, betreffend Abänderung der Dienstvorschriften zu dem Gesetz über die Statistik des Baarverkehrs des deutschen Zollgebietes mit dem Ausland und der Ausschussantrag über den Entwurf eines Gesetzes betreffend die kaiserlichen Schutztruppen für Ost- und West-Afrika und für Kamerun wurden angenommen. Ueber die Vorlage betreffend die Zulassung von Brantweincontingenten wurde der Vorlage gemäß Beschluß gefaßt. Den Ausschussberichten über einen Gesetzentwurf wegen Abänderung des Zollvereinigungs-Vertrages vom 8. Juli 1867 und der Vorlage betreffend Abänderung des Statutes für das Archäologische Institut wurde die Zustimmung erteilt. —

Vorher berichteten die vereinigten Ausschüsse für Justizwesen und für Rechnungswesen, sowie die vereinigten Ausschüsse für das Landheer und die Festungen, für das Seewesen und für Rechnungswesen. —

Im Abgeordnetenhaus sah es heute wieder trostlos oder aus. Das Polengewäss über den polnischen Religionsunterricht fängt an, fürchterlich zu werden. Gegen Schluß der fünfständigen Verhandlungen wurde auch etwas über Mädchen-schulen gesprochen und von der Regierung wenig Aussicht gemacht, auch in unserem kultivierten Deutschland den Frauen das Universitätsstudium zugänglich zu machen, wie es ihnen selbst in dem Reichthum Alexander's III. zugänglich war. Fortsetzung der Debatte ist Freitag Vormittag. —

Offenherzig. Zu der „Staatsstreichfrage“, die durch die Bogulawski'sche Schrift wieder angeregt ward, nimmt die „Kreuz-Zeitung“ heute Abend in folgenden „zwei kurzen Thesen Stellung“:

Erstens: Daß es Zeiten gegeben hat, wo die Existenz des Staates so auf dem Spiel stand, daß seine Leiter auch vor diktatorischen Machtmitteln nicht zurückschrecken durften, ist eine geschichtliche Thatsache. Will man in Abrede stellen, daß solche Zeiten wieder kommen können?

Dann aber zweitens: Von Staatsstreichen spricht man nicht, sondern man macht sie. Und darum ist uns das ganze literarische Spiel mit diesem oder ähnlichen politischen Gedanken so überaus unympathisch, daß erregt nur, und jede resultlos verpuffende Erregung schwächt.

Daß das Gerücht von Staatsstreichen der „Kreuz-Zeitung“ nicht sonderlich angenehm ist, glauben wir gern. Aber warum spricht sie selber davon?

Herr v. Köller hat Pech! In seiner für ihn selbst zu etwas unangenehmer Berühmtheit gelangten Rede über die Kunst beklagte sich Herr v. Köller, daß die Theater ausgehört hätten, Stätten patriotischer, historischer Erinnerungen zu sein, und er meinte mit diesen guten patriotisch-historischen Stätten aller Wahrheitslichkeit nach die preussisch-patriotischen Hohenzollern-dramen des „Hohenzollernsängers“ Graf v. Wildenbruch. Aber Pech! Sogar der Legationsrath und Dichter Wildenbruch ist mit „Herrn von Köller als Kunstkritiker“ sehr unzufrieden. Er schickt der „National-Zeitung“ eine lange Zuschrift in diesem Sinne, der wir das folgende entnehmen:

Darum ist zu verlangen, daß jemand, der an öffentlicher Stelle große Worte über die Schriftsteller in die Welt posant, erst etwas von dem verstehe, wovon er spricht. Es ist zu verlangen, daß jemand, der über eine geistige Bewegung mit-spricht, sich klar darüber sei, was eine solche Bewegung ist: daß es nicht das Ergebnis menschlicher Willkür, sondern daß es ein elementares Ereignis ist. Wenn der Wind nicht gefaßt, der über das Feld weht, der fliehet zu Gave — wenn die Werte einer literarischen Richtung nicht gefallen, der gehe nicht in die Theater, wo diese Werke gespielt werden, lese nicht die Bücher, wo sie gedruckt stehen. Niemand zwingt ihn dazu. Aber er bilde sich nicht ein, daß er dem Winde gebieten und der Bewegung durch einen Zwischenruf Inhalt thun könne. Jede geistige Bewegung trägt ihr Lebensgesetz in sich selbst, und nur in sich selbst. Weht sie hervor aus ungenügenden Bedingungen der Menschheitsseele, so wird sie mit diesen vergeblich und keine Neukome wird sie am Leben erhalten und nicht. Weht sie hervor aus den ewigen und unsterblichen Elementen des Menschengeistes, so wird sie unsterblich sein wie diese, und die Maßregeln, die man ihr in den Weg schiebt, werden unter ihr zerbrechen, nicht sie unter ihnen. Darum lasse man ab von solchen Maßregeln, denn sie sind auf die Dauer entweder überflüssig oder vergeblich, für den Augenblick aber immer vom Uebel, denn sie tragen etwas vom Schwefelgeruch der Inquisition an sich.

Ob es Herr von Köller nun verstanden hat, daß es auch Dinge giebt, von denen er nichts versteht? Wir glauben nicht. Er hat es ja im Abgeordnetenhaus erklärt, daß ihm das, was in den Zeitungen steht, in seinem ganzen Leben noch nicht imponirt hat. Verleihen oder nicht verstehen — gleichviel! Herr von Köller steckt die Hände in die Hosentaschen und sagt: „Wir werden die Sache schon machen.“ —

Wie herrlich weit wir es gebracht. Der „Temp“, das Hauptorgan des konservativen französischen Bürgertums bringt einen Leitartikel über und gegen die „Reaktion in Deutschland“, welche sich vermesse — nicht den Sozialismus — nein, den deutschen Geist“ zu knebeln. Im übrigen läßt der Artikel sich nicht übersehen. Alles, was man jetzt im Ausland über die Verumpfung, Reaktionswuth und der Fickackurs in Deutschland schreibt, ist unübersehbar. —

Luther und die Umsturzvorlage. An Luther kann man mit besonderer Deutlichkeit die Umsturzvorlage erproben. Wir denken hier nicht an die zahlreichen anarchistisch-umstürzlerischen Sätze, die sich in seinen Schriften finden —

wir meinen Luther in der Beurtheilung der Gegenwart. Wer Luther vom protestantischen Standpunkt beurtheilt, wie es in allen protestantischen Schulbüchern geschieht, wird auf grund der Umsturzvorlage ohne Gnade ins Gefängnis befördert, wenn er vor einem katholischen Richter kommt. Und umgekehrt wird jeder, der Luther vom katholischen Standpunkt beurtheilt, ebenso erbarmungslos eingesperrt, wenn er einem protestantischen Richter in die Hände fällt. Das Umsturzgesetz giebt es ja dem Ermessen des Richters anheim, über die Kritik und das Urtheil nach Gutdünken zu urtheilen. Es hebt die Willkür und die persönliche Ansicht auf den Richterstuhl — das ist gerade das Monströse dieses beispiellosen Gesetzes. —

Eine ultramontane Stimme über den Antrag Minteln. Die „Köln. Volks-Ztg.“ schreibt:

Für den Katholiken bedarf es keiner weiteren Ausführung, daß der Kerngedanke dieses Gesetzes vom Standpunkt des katholischen Staates unannehmbar ist. Der Glaube an Gott und die Unsterblichkeit der Seele bilden die eigentliche Grundlage des katholischen Staates. Auch vom Standpunkt des christlichen Staates trifft das zu. Nimmt man den Glauben an Gott und an die Unsterblichkeit der Seele weg, so entzieht man dem christlichen Staate sein sicheres Fundament. Das ist für jeden Logiker verstanden, und überzeugen Christen einleuchtend. Aber ebenso klar ist allerdings, daß wir den grundsätzlichen katholischen Staat kaum irgendwo haben, am allerwenigsten in Deutschland. Wir haben auch den prinzipiellen christlichen Staat nicht. Nicht wenige unserer staatlichen Einrichtungen gehen vom Christenthum vollständig ab, andere sind demselben geradezu gegensätzlich. Man kann Bürger des heutigen Staates sein, ohne Christ zu sein, ohne durch die Taufe in die Gemeinschaft der Christen aufgenommen zu sein. Insofern liegt also der Antrag Minteln außerhalb des Rahmens des modernen Verfassungsstaates. —

Selbst der Verein Berliner Presse hat sich nun doch endlich, und zwar mit 72 gegen 21 Stimmen gegen die Umsturzvorlage erklärt. Die gestern von dem Verein beschlossene Resolution lautet:

Der Verein „Berliner Presse“ beschließt: Der von der Regierung dem Reichstage vorgelegte Entwurf eines Gesetzes, betreffend Änderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs, des Militär-Strafgesetzbuchs und des Gesetzes über die Presse, befähigt die freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift und damit das Hauptmittel einer gesunden Weiterentwicklung des Reiches auf literarischem und sozialem Gebiete. Der Entwurf ist geeignet, die wissenschaftliche Forschung und schriftstellerische Produktion zu beschränken. Der Entwurf bedroht die Bewegungsfreiheit der Zeitungen und Zeitschriften und erschwert noch mehr als bisher die verantwortungsvolle Thätigkeit der Redaktion und Mitarbeiter. Der Entwurf erweitert durch eine Reihe unklarer und dehnbarer Bestimmungen das dem subjektiven Ermessen des Richters überlassene Strafgebiet und giebt besonders auf dem Gebiete der Presse der richterlichen Willkür einen unzulässigen Spielraum. Der Entwurf schädigt in tiefgreifender Weise das Preßgewerbe, den Buchhandel, das Schriftthum und damit die Erwerbsfähigkeit weiterer Volksschichten. Aus diesen Gründen erklärt der Verein „Berliner Presse“, indem er seinen Mitgliedern ihre politische Parteilichkeit, gegenüber der sogenannten Umsturzvorlage warnt, den Entwurf für unannehmbar und ersucht den hohen Reichstag, den Entwurf abzulehnen.

Die 21 Gegner des Beschlusses wollen mit Namensunterstützung gegen denselben protestiren. Wir werden nicht unterlassen, unsere Leser mit den Namen dieser Vertreter des deutschen Schriftthums bekannt zu machen. Vorläufig haben sie sich noch gesämt, mit ihren Namen für die Kollerei einzutreten. —

Ueber uns Sozialisten wird gut Buch geführt wie ein Formular für ein Führungs-Attest beweist, das der „Freisinnigen Zeitung“ eingehandt wurde. Der Bürgermeister zu Menden a. W. becheinigt einem Kaufmann daselbst auf sein Ersuchen, daß derselbe sich während dieser Zeit, so viel hier bekannt, gut geführt und sich sozialdemokratischen Bestrebungen nicht hingegeben hat. Die „Freisinnige Zeitung“ bemerkt, daß das Formular dazu, u. a. auch die Stelle, daß der Betreffende sich sozialdemokratischen Bestrebungen nicht hingegeben hat, gedruckt ist. Demgemäß wird also ein Attest in dieser Form jedermann ausgestellt, der überhaupt ein Führungs-Attest von dem Bürgermeister verlangt. Im gegebenen Falle wurde das Zeugniß verlangt im Interesse eines Geschäftreisenden, also nicht etwa in Militär-Angelegenheiten. —

Unser König, der ist gut — wenn er unsern Willen thut. So haben die preussischen Junker, so haben die Agrarier von jeher gesungen. Und ebenso singen sie noch heute. Das zeigen die Herren Agrarier jetzt wieder, nachdem sie der Kaiser in einer seiner Reden etwas zerschmettert hat. Die „Deutsche Tages-Zeitung“, das Organ des Bundes der Landwirthe, bringt in dieser Beziehung einen sehr bezeichnenden „Lärchen wir vertrauen?“ überschriebenen Artikel, dem wir die folgenden Stellen entnehmen:

Eine neue Capri-Episode verträgt die deutsche Arbeit, verträgt die deutsche Volksseele, verträgt das deutsche Königthum nicht.

Langsam und allmähig begann das Vertrauen wieder zu wurzeln und zu keimen. Gerade aus der Langsamkeit der Wiederkehr ließ sich ein Schluß auf die Tiefe des Niederganges ziehen. Das Mißtrauen wollte lange nicht schwinden. Es ist uns gegenüber oft und energisch zum Ausdruck gekommen, als wir zu neuer Hoffnung gemahnten, zu neuem Vertrauen die Herzen zu öffnen suchten. Ihr mögt Euch durch schöne Worte und durch einige nicht verbindliche Redensarten täuschen lassen, wir trauen nicht, ehe wir Thaten sehen! So lang's uns hundertfach entgegen. Kein Mensch wird uns das Zeugniß versagen können, daß wir mit allen Mitteln gegen dieses Mißtrauen angekämpft haben, vielleicht mehr, als es politisch klug und tactisch richtig war. Es gab ja gute Freunde, die uns ziemlich deutlich merken ließen, daß unsere vertrauensvolle Haltung ihr Mißleid erregte. Wir haben manche Verleumdung und Verkleinerung ertragen, sind aber nicht von unserm Wege abgewichen. Mißtrauen mögen andere säen! Wir vertrauen und mahnen zum Vertrauen, so lange wir vertrauen können.

Noch einmal darf der deutsche Mittelstand, der deutsche Bauer in seinen Hoffnungen nicht getäuscht werden. Solche Täuschung könnte, ja müßte unbedenkbar, unheimliche Folgen haben. Es gärt, ringt, braust gewaltig im Mittelstande. Noch haben wir die Bewegung in der Hand; noch ist sie löthig-treu und fromm, noch ist sie in ruhigen, gesunden Bahnen. Und sie wird's bleiben, wenn sie nicht getäuscht und betrogen wird. Geschieht das aber, dann liegt die große Gefahr nahe, daß sich andere Leute von schärferer Tonart der Führung bemächtigen. Und was dann? Wir stehen unmittelbar vor einer Entscheidung. Langes Hinhalten ist unmöglich. Schöne Worte machen nicht satt; und an der Thür lauert der Hunger. Warten ist ein schlimmer Trost, wenn die Roth mit am Tische sitzt. Die Männer des deutschen

Mittelstandes haben lange gewartet, erst still, dann großend ge- wartet; länger zu warten ist nicht möglich. Man sage um Gottes willen nicht, das nichts geschehen könne! Das wäre ein schlimmes Bekenntnis der Unfähigkeit. Es gilt nur einen Bruch mit den abgestandenen und abgelebten Philisternarbeiten des Manchestertums, es gilt nur ein vollkommenes Durchdringen zu der Einsicht von der Gemeingefährlichkeit der großkapitalistischen Entwicklung! Daß man dazu sich durchringen, dann sieht man, das vieles, ungeheuer vieles geschehen könne und müsse. Wenn man freilich die Bücher- und Schwindelreihe als ein Nahrungsmittel betrach- tet und nicht den Müß hat, dem lawinenhaften Zusammen- stößen der Millionen Einhalt zu gebieten: dann muß man der Entwicklung freien Lauf lassen, bis sie — im Kladderadatsch endet. Die Männer, die klar sehen und den Müß haben, zu sagen, was sie sehen, als gefährliche Demagogen zu brandmarken, ist vertuschelt leicht. Uns kümmert das nicht. Wir werden die Wahrheit sagen, so lange wir können, weil es uns bange ist in dem das Königthum und unseres Volkes Zukunft. Noch ist Zeit, aber hohe Zeit.

Es bleibt also dabei
Unser König der ist gut,
Wenn er unsern Willen thut.

Der agrarische Staatsrath. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, daß Fürst Bismarck, Staats- minister Dr. Delbrück, Graf Hedlich-Trübschler, v. Heyden- Cadow, wie jetzt anerkannt sei, Mitglieder des Staatsraths geblieben seien, da sie schon vor ihrer Ernennung zu Staatsministern zu Mitgliedern des Staatsraths ernannt waren. Fürst Bismarck ist also auch noch heute Vize- präsident des Staatsraths. Der Staatsrath besteht gegen- wärtig aus sieben Abtheilungen. Die zu berufende Ab- theilung ist die Abtheilung 2 für Landwirtschaft, Domänen und Forstverwaltung. —

Die Tabaksteuer und ihre Folgen. Aus Scharm- beck wird uns geschrieben:

Am vergangenen Sonnabend, den 23. v. M., wurden auf 2 hiesigen Zigarrenfabriken sämtliche Arbeiter geläubigt, insoweit, falls die Steuer angenommen würde, sie sofort entlassen seien. Am hiesigen Ort befinden sich 4 Fabriken, und zweifel- los kein Augenblick, daß die beiden anderen Fabrikanten dem Beispiel ihrer Vorgänger folgen werden. Die Zahl der dann entlassenen Arbeiter würde mindestens 200 betragen und da hier nur Hausindustrie ist, und die meisten Arbeiter Familienväter sind, so läßt sich erweisen, was für eine Summe von Noth und Elend durch die Vorlage über die hiesigen Tabakarbeiter herauf beschworen würde. —

Börsenreform. Ueber den im Reichsamt des Innern aus- gearbeiteten Entwurf einer Börsenreform hat sich das preussische Staatsministerium noch nicht schlüssig gemacht. Es stehen nach der „All. Pol. Korr.“ noch die Gutachten einiger Minister aus. —

Submissionsbedingungen. Der „Reichsanzeiger“ veröffent- licht heute Bedingungen, welche bei der Vergabe von Arbeiten und Lieferungen im Bereiche der Allgemeinen Bauverwaltung, der Staatsbahn- und Bergverwaltung zur Anwendung kommen. —

Staatsfürsorge für entlassene Arbeiter. Die „Allerl. Korrespondenz“ schreibt:

Infolge der notwendig gewordenen Herabsetzung des Be- triebes in den militärischen Fabriken zu Spandau hat während der letzten Monate eine größere Zahl Arbeiter, sowohl hand- werksmäßig ausgebildeter, als auch ungelerner, entlassen werden müssen. Weitere Arbeiterentlassungen stehen für das nächste Frühjahr bevor.

Auch bei den militärischen Fabriken zu Siegburg im Rhein- land kommt im künftigen Frühjahr eine größere Anzahl solcher Arbeiter aus dem erwiderten Grunde zur Entlassung.

Um diese Arbeiter möglichst vor Noth zu schützen, hat der Minister des Innern die Oberpräsidenten angewiesen, in geeigneter Weise auf die Stadtgemeinden in ihrer Provinz, insbesondere die größeren, dahin einzuwirken, daß auf diese Arbeiter, wenn sich dazu Gelegenheit bietet, bei der Verwendung von Arbeits- kräften innerhalb der städtischen Betriebe soviel wie möglich Rücksicht genommen wird.

Die Direktion des General- und Laboratoriums in Spandau hat Auftrag erhalten, für sämtliche militärischen Fabriken daselbst den Nachweis der entlassenen und noch zu entlassenden Arbeiter der verschiedenen Handwerkszweige zu übernehmen und auf Erfordern denselben Stellen, welche Arbeiter einzustellen beabsichtigen, entsprechende Auskunft zu ertheilen. Den gleichen Auftrag hat die Direktion der Geschosfabrik in Siegburg für die dortigen Fabriken erhalten.

Wir glauben kaum, daß die Stadtgemeinden, auf die im Interesse der zur Entlassung kommenden Arbeiter „eingewirkt“ werden soll, von diesem Stück militärstaat- licher Sozialreform besonders erbaut sein werden. Für die Kommunalverwaltungen waren größere staatliche Betriebe bisher ein Schrecken, weil der Fiskus, der die Arbeiter zu tausenden in die mit Militärwerkstätten be- dachten Gemeinden zog, auch nichts zu den Lasten beitrug, die ihnen durch den Massenzufluß schlecht entlohnter und daher minder steuerkräftiger Arbeiter erwachsen mußten. Ist doch bekannt, daß einzelne Gemeinden ihre Steuern und Anleihen dank der Anlage solcher staatlicher Betriebe geradezu zu verzweiflungsvoller Höhe hinaufreiben mußten. Wenn der Militärfiskus daher nichts Besseres für die von ihm ausgebeuteten und nunmehr der Arbeitslosigkeit anheim- fallenden Arbeiter zu thun weiß: das gute Wort bei den Kommunalbehörden wird ihnen die magere Wasser-suppe des Glends wahrlich nicht fett machen! —

Gioffitti hat, wie die Stumm'sche „Post“ anscheinend Hobenlohe-offiziös mittheilt, Deutschland nicht auf Inter- vention der Reichsregierung verlassen. —

Die Korruption am Hofe des Königs Umberto und seiner Minister. Aus Italien schreibt man uns:

Ungeheures Aufsehen macht der entdeckte Betrug und die brutale Beschuldigung des Grafen Visone, Sohn des früheren königlichen Hausministers, Gesandtschafts-Sekretär im Ministerium des Auswärtigen, der am Berliner Hofe akkreditirt, drei Monate lang in Abwesenheit des Grafen Vanga das Königreich Italien als Titular-Gesandter vertrat und als solcher mehrere Male von Kaiser Wilhelm II. empfangen wurde. Der Graf Visone, dessen verschwunderliches und lächerliches Leben schon in Berlin allgemein — nur nicht seinem Ober dem Grafen Vanga — auf- gefaßt war, hatte sich in einem der ersten Spiel- und Jagd- Anstalten in Rom, zu dem nur Mitglieder der höchsten Aristokratie, die Obersten der Nation, zugelassen werden, am Jagardspiel Sokarat mit solchem Erfolge die Nacht hindurch vergnügt, daß er, als des morgens 5 Uhr der Klub geschlossen werden mußte, dem Kassierer die Summe von 15 000 Franks auszuzahlen hatte. Der Herr Graf und königliche Gesandte nahm darauf aus der Tasche ein Wechselbuch mit der Firma einer bekannten Berliner Bank, riß ein Blatt heraus und schrieb auf den Wechsel die Summe von 25 000 Franks und seinen Namen. Hier ist ein Wechsel von 25 000 Franks, sagte er, auf die Bank von Berlin. Nehmt Euch die schuldischen 15 000 Franks und zahlt mir 10 000 Franks heraus. Dem Wunsche des Adels ward un- verzüglich entsprochen, und man verabredete sich. Am folgen- den Morgen ward der Wechsel nach Berlin geschickt. Den Abend darauf langte als Antwort im Klub eine Depesche des Berliner:

Bankheß an: „Der Herr Graf Visone ist bei uns nur mit der Summe von 50 (fünfzig) Mark akkreditirt!“ — Herr Graf Visone ist seit dem Morgen verschwunden und wird eifrig vergebens in ganz Rom gesucht. Er hat die 10 000 Franks zu einer Er- holdungskreife benutzt.

In Italien aber herrscht Crispi-umberto. —

Aus der Kolonialverwaltung. Wie der „Voss. Zig.“ aus sonst zuverlässiger Quelle gemeldet wird, ist das Abchiedsgesuch des Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika Freiherrn v. Schele vom Kaiser genehmigt worden. Ueber seinen Nachfolger ist noch keine Bestimmung getroffen.

Auch über Schindereien bei der Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika verläutet heute einiges. Der Frankfurter „General-Anzeiger“ schreibt: „Nach uns zugehenden Privat- nachrichten aus Ostafrika, für die wir die Bürgschaft übernehmen, hat die Kompagnie des Kompagnieführers Fromm auf dem Marsche ins Innere wegen der grausamen Miß- handlungen, die sie seitens ihres Chefs erfahren mußte, gemeutert und auf eigene Faust den Rückweg an die Küste zurückgelegt, um gegen ihren Chef Klage zu führen. Der Kompagnieführer Fromm ist gleichfalls allein an die Küste zurück- geleitet.“ —

Oesterreich wird sich an der internationalen Währungs- konferenz betheiligen. —

Das Parlament im österreichischen Strafgeset- zenwerke. Bei der Berathung des vierten Hauptstückes der Strafgesetz Novelle (Verbrechen und Vergehen bezüglich der Wahlen und der Wirksamkeit der Vertretungsglieder im österreichischen Abgeordnetenhaus) sprachen Pöschl, Slama, Burghardt, Scheicher und Fernerforter gegen die Vorlage. Menger und Pirinski betonten die Nothwendigkeit des Schutzes der parlamentarischen Freiheit. Der Justizminister findet es auffallend, daß die Parteien, welche sich als die Paladine der Wahlfreiheit geriren, gegen den Schutz und die Freiheit des Parlamentes opponiren. (Leb- hafter Beifall.) Das Hauptstück wurde angenommen. Hierauf brachte Pöschl einen Präzisionsantrag ein, nach welchem die in dem Reichsrathe und in den Landtagen gehaltenen Reden der gerichtlichen Judikatur entzogen werden sollen. Der Antrag- steller wies dabei auf das Erkenntnis des Prager Landesgerichts hin, welches eine lobende Besprechung der Landtagsreden Gregor's und Rannit's wegen des hochverrätherischen In- haltes derselben für strafbar erklärte. Der Justizminister erwiderte, die Reden der Abgeordneten seien immum, aber nicht alle Zusimmungen. Die Privilegien seien nicht extensiv zu beurtheilen; der Antrag Pöschl's bezwecke die Ausdehnung des Privilegs über das zu dem nöthigen Schutze der Abgeordneten normirte. In Uebereinstimmung mit dem Generalprokurator halte er es für zulässig, Zusimmungen zu Reden, welche wegen ihres Inhalts das Strafgesetz verletzen, strafrechtlich zu verfolgen. —

Der schweizerische Antrag Rannit. Im maadländischen Bauernverein wurde vor kurzem folgender Antrag angenommen:

Die Eidgenossenschaft verleiht, daß der Preis des in- ländischen Getreides nicht unter 20 Fr. für 100 Kilogramm sinken darf. So lange das fremde Getreide diesen Minimallohn nicht erreicht, wird die Differenz zwischen beiden Preisen von der Eid- genossenschaft einkassirt, welche die daraus erwachsenden Summen ganz oder theilweise an die Kantone abgeben darf. Sobald das fremde Getreide auf 20 Fr. steht, fallen die Gebühren weg.

Dieser Antrag wurde vom Zentralvorstand des schweizerischen Bauernbundes in der Weise abgeändert, daß verlangt wird: es sei

1. sofort der ganze Bedarf der Kriegreserve und des Truppenunterhalts durch inländisches Produkt zu decken;

2. beschränkt das Getreidemonopol einzuführen mit der Verpflichtung, im voraus das gesammte zum Verkauf stehende schweizerische Produkt zu einem den inländischen Produktions- kosten entsprechenden Preise anzukaufen.

Für diesen Antrag soll die Initiative angestrebt, d. h. es sollen fünfzigtausend Unterschriften für den Antrag gesammelt werden. Kommen die zusammen, so muß nach dem neuen Volks- recht der Initiative der Antrag der Volksabstimmung unter- breitet werden. Wird er hier angenommen, so wird der Antrag ohne weiteres Gesetz!

Wir glauben nicht, daß dieser Antrag angenommen wird. Innerhalb der schweizerischen Sozialdemokratie ist einige Sympathie für denselben vorhanden. Die verschiedene Stellung der deutschen und eines Theils der schweizerischen Sozialdemokratie erklärt sich aus der vollkommenen Verschiedenheit der beiden Staaten, vor allem rücksichtlich der Rechte der Staatsbürger und der Ausgabenwirtschaft. —

Ein Pariser Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ schreibt allen Ernstes, die Wehrkraft Frankreichs sei über- mäßig angepannt worden, der Rückschlag sei bereits ein- getreten. Und worin besteht der Rückschlag? In den zahl- reichen Erkrankungen und Todesfällen von Soldaten während der letzten zwei Monate. Der Chauvinismus des Herrn Kor- respondenten erklärt nämlich diesen unangenehmen Gesundheits- zustand einiger Theile der Armee daraus, daß die Militär- behörden nicht mehr genug taugliches Menschenmaterial zur Verfügung hätten und deshalb zu ungenügendem greifen müßten, das dann nicht widerstandsfähig sei. Die Annahme ist falsch. Unsere Leser wissen aus dem letzten Briefe des Genossen Galus, daß grobe Fahrlässigkeit der Militärbehörden schuld an den zahlreichen Erkrankungen und Todesfällen in den Garnisonen von Dijon, Nancy u. s. w. ist. —

Die belgischen Sozialisten haben nach einer Brüsseler Meldung des Heroldbureaus beschloffen, einen allgemeinen Ausstand zu veranlassen für den Fall, daß die Regierung ein reaktionäres Gemeindegewahlgesetz durchbringen sollte. —

Belgische Königskrise? Das Blatt „Le Matin“ veröffentlicht einen Leitartikel über die beabsichtigte Ab- dankung des Königs Leopold, in welchem es u. a. heißt, daß in einer der letzten Ministerrathssitzungen der Ministerpräsident dem Könige mitgeteilt habe, daß man dem Gesetze, betreffend die Annexion des Kongoaates, wenig Sympathien entgegenbringe und daß das Ministerium bei dieser Frage wahrscheinlich zu Fall kommen werde. Der König habe darauf geantwortet, wenn das Gesetz von der Kammer verworfen werden sollte, werde nicht das Ministerium, sondern er, der König, gehen.

Das belgische Volk wird ohne Thränen zu vergießen, auf die Thätigkeit des Herrn Leopold von Koburg verzichten. Diese Drohung dürfte recht wirkungslos bleiben. —

Ein verschandener italienischer Abgeordneter. Großes Aufsehen macht das Verschwinden des Abgeordneten Comandini, Chefredaktors des neuen ministeriellen Mailänder „Corriere del Mattino“, der vor zwölf Tagen Mailand verließ und von dem seither keine Nachricht vorliegt. Es gehen, wie die „Vossische Zeitung“ mittheilt, die verschiedensten Gerüchte, auch von Selbst- mord aus finanziellen Gründen und von einer möglichen Nach- that seiner früheren radikalen Parteigenossen wird gesprochen, deren vorgedachte jüngste Mailänder Wahlüberlegung mit durch Comandini's Blatt herbeigeführt worden sein soll. —

Russisches. Von befreundeter Seite jenseits der deutsch- russischen Grenze ist uns forden ein gemeines russisches Altesität zugewandten, aus dem die Thatfache klar hervorgeht, daß die russischen Gendarmen es für nützlich halten, die Sozialdemokraten mit der „Anarchistenpartei“ zu identifiziren. Diese Verquickungs- oder vielmehr diese „Halte- den- Dieb!“-Taktik scheint von der russischen politischen Polizei bewußt und systematisch befolgt zu

werden, wie es aus dem von uns schon gemeldeten „Grenzfall Nowo“ gleichfalls hervorgeht. Dort wurde unseren bürgerlichen Präsenoranten von „anarchistischen“ Schriften vorgegaukelt, während es sich in der That — mit wenigen „konstitutio- nellen“ Ausnahmen — um sozialdemokratische Schriften von Marx, Engels und Plechanow gehandelt hatte. Das interessante Altesität bezieht sich auf den in unserer letzten Sonntagsnummer erwähnten russischen Flüchtling Gronowski. Wir glauben im Interesse desselben, sowie sonstiger Opfer der russischen Tyrannei zu handeln, wenn wir das Altesität hiermit veröffentlichen. Daselbe lautet:

Ganz geheim.
M. W. D.
(Ministerium des Innern.)
Der Vorsteher
des Warschauer Gendarmerie-Bezirks
12. April 1904.
Nr. 288.
An den Herrn Vorsteher des ...
Jollantsbezirks.

Durch die Verordnungen des Herrn Direktors des Polizei- Departements vom 6. Oktober und 7. Dezember 1893 unter den Nr. 5557 und 6935 wurde den Grenz-Gendarmeriebezirken die unverzügliche Verhaftung im Falle dessen Erscheinens des im Auslande sich aufhaltenden Staatsverbrechers Gronowski be- fohlen.

Durch ein Telegramm vom 11. April a. e. unter der Nr. 11/4 hat mir nun der Herr Direktor des Polizei-Departements vorgeföhrt (predpisal) (?), daß der auf grund erwähn- ter Zirkulare gesuchte Adelige Konstantin Boleslawow Gronowski, der vor kurzem wegen seiner Zugehörigkeit zur Anar- chisten-Partei, die sich „Sozialisten-Demokraten“-Partei nennt, aus Galizien nach Ungarn ausgewiesen wurde, mit verbrecherischen Zwecken in Russland einzubringen beabsichtige, wobei er mit dem Weispas eines gewissen Spinal (wahrscheinlich Jhla) ankommen dürfte.

Indem ich Ihnen dies mittheile, beehre ich mich, um Ver- fähigung an den Ew. Excellenz anvertrauten Bezirk deßuß sorg- fältigster und ungefährt Aufpassung nach allen vom Aus- lande eintreffenden Personen zu erforschen und bitte ich, im Falle der Verhaftung des Gronowski, nach Uebergabe desselben den lokalen Gendarmeriebehörden, mir zu telegraphiren.

Der Vorsteher des Warschauer Gendarmerie-Bezirks.
General-Lieutenant
Brot.

Die Verhaftung der Sozas (Studierende der Theologie) in Konstantinopel wird heute erst demontirt. Wahr- scheinlich hat dieses Dementi den Werth anderer amtlicher Ab- leugnungen. —

Cuba. Die gesammte Madrider Presse zeigt sich sehr erregt wegen der Verhängung des Belagerungszustandes auf Cuba. Bestimmte Nachrichten sind noch nicht eingetroffen. Bedeutende Truppenabtheilungen sind nach den im Aufbruch befindlichen Striktrien der Insel abgegangen. Kanonenboote bewachen die östliche Küste der Insel, um die Rebellen am Landen zu ver- hindern.

Nach einer in New-York eingetroffenen Meldung aus Havanna wünschen die Aufständischen in Bayamo und Baire mit der Regierung zu verhandeln. Die Rebellen von Quantana- mo ergreifen vor den Truppen die Flucht.

Eine in Madrid eingetroffene amtliche Depesche aus Havanna meldet, daß die Aufständischen in Matanzas geschlagen und deren Anführer getödtet worden ist. Der Aufstand der Separatisten in der Stadt Baire ist vollkommen niedergeworfen.

Wie bei allen Aufständen auf Cuba unterliegen die Ver- einigten Staaten durch wohlwollende Neutralität die Aufständischen, worüber der spanische Gesandte in Washington Klage führt. Von dort wird gemeldet:

Der hiesige spanische Gesandte erhielt eine Depesche, laut welcher sich in Keywest (Florida) ein Freiweiliger-Korps gebildet hat, das nach Cuba abgeht. Der gewöhnlich in Keywest be- findliche Küster der Vereinigten Staaten ist gegenwärtig abwesend. Dem Abgange der Expedition steht somit nichts im Wege.

Das Ziel der Vereinigten Staaten ist seit Jahrzehnten die Annexion Cuba's, der Perle der Antillen. Mit jedem Aufstande kommen sie diesem Ziele näher. —

Zum japanisch-chinesischen Krieg liegt heute folgende Meldung vor:

London, 28. Februar. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Tschifu von heute: Die Japaner räumen die vorgeschobenen Stellungen bei Weishaiwei. Ringhai wurde verlassen. Der größere Theil der japanischen Truppen ist nach Taitenwan ab- gegangen. —

Internationaler Arbeiter- und Gewerkschafts- kongress. Auch die österreichischen und unga- rischen Arbeiterorganisationen haben der Namens- Erweiterung des nächsten internationalen Arbeiterkongresses zugestimmt. —

Parteinachrichten.

Ein Polizeispindel der geriebensten Sorte scheint das Individuum zu sein, das unter dem Namen Treves seit einiger Zeit sein Wesen treibt. Der betreffende behauptet, ein aus Italien entfloherener Parteigenosse zu sein und besitzt die Adressen einer Anzahl Vertrauenspersonen. Das merkwürdigste bezw. verdächtigste ist, daß er einen auf den Namen Treves lautenden Paß besitzt. Nachdem er vor längerer Zeit die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ gebrandschagt, ist er kürzlich in Essen aufgetaucht. Was uns von dort mitgeteilt wird, erscheint uns durchaus geeignet, unseren oben ausgesprochenen Verdacht nur noch zu stärken. Besagter Treves wurde von den dortigen Parteigenossen abgefaßt und gestand auf deren Drängen, daß er ein Betrüger sei. Er wurde der Polizei überwiesen; als sie sich aber am nächsten Morgen nach ihm erkundigten, wurde ihnen mitgeteilt, daß er wieder auf freien Fuß gesetzt worden sei.

Gleiches Recht für alle im Rußlande Medlen- burg. Ermächtigt durch die Erfolge, welche die Freisinnigen mit ihrem Gesuch um die Erlaubnis zur Gründung eines Wahl- vereins erzielt hatten, wendete sich auch unser Genosse Reusch in Rostock an das Ministerium, um die Erlaubnis zur Gründung eines sozialdemokratischen Wahlvereins zu erwirken. Er berief sich in seinem Gesuch auf die Thatfache, daß konser- vativen, liberalen und freisinnigen Staatsbürgeru bereits dieses Recht zugesprochen worden ist. Hierauf ging folgendes Antwortschreiben ein: „Auf Ihren Vortrag vom 1. d. M. erwidert das unter- zeichnete Ministerium, daß die nach Vorschrift der landesherrlichen Verordnung vom 27. Januar 1851, betreffend Versammlungen und Vereine zu politischen Zwecken ersorderliche diesseitige Ge- nehmigung zu der beabsichtigten Gründung eines Arbeiter- Wahlvereins für den 5. Mecklenburgischen Reichstags-Wahlkreis, auch abgeben davon, daß über Statut, Organisation u. d. d. bisher nicht vorliegt, nicht in Aussicht gestellt werden kann.“

Wenn die geplante Vereinsbildung ohne Zweifel dazu be- stimmt ist, den Bestrebungen der Sozialdemokratie zu dienen, so erscheint für das unterzeichnete Ministerium jede anderweitige Entschließung ausgeschlossen durch die grundsätzlich feindliche Stellung gegenüber der bestehenden Staats- und Gesellschafts- ordnung, welche die sozialdemokratische Partei im Gegen- satz zu den übrigen politischen Parteien kennzeichnet. Schwerin, den 22. Februar 1895. Großherzoglich mecklenburg. Ministerium des Innern. A. v. Bülow. — Es wird also in betref der bisherigen Unmöglichkeit, daß sich die mecklenburgischen Sozialdemokraten

eine politische Organisation geben konnten, beim alten verbleiben. Aber auch mit dem Wachsthum der Sozialdemokratie wird's trotzdem — beim alten bleiben.

Ueber Steuervereine in Sachsen weiß der „Meißner Volksfreund“ folgendes mitzutheilen. In Grimnitzschau stimmte der sozialdemokratische Stadtverordnete Restanrotter Jaumfegel für die Ernennung des Fürsten Bischoff zum Ehrenbürger der Stadt. Auch im Wurgener Stadtrath und Stadtverordneten-Kollegium haben sich nicht nur die Freisinnigen, sondern auch die Sozialdemokraten als allgerneinste Opposition gezeigt. Die Ernennung Bischoffs zum Ehrenbürger wurde im Stadtrath, wo die Opposition die Mehrheit (1) hat, mit 7 gegen 1 Stimme, und im Stadtverordneten-Kollegium, wo zwischen Reaktion und Opposition Stimmengleichheit besteht, mit 11 gegen 4 Stimmen (drei Stadtverordnete enthielten sich der Abstimmung) angenommen. Ueber diesen Ausgang herrscht im Ordnungslager helles Jubel. Und mit Recht! Derartige Vertreter wiegen nach unserer Meinung die Opfer eines Wahlkampfes nicht auf und können uns somit gestohlen bleiben. — Entspricht die Schilderung unseres Meißner Partei-Organs den Thatsachen, so ist das Verhalten der betreffenden allerdings nicht scharf genug zu verurtheilen und Sache der dortigen Parteigenossen ist es, derartigen auch-Sozialdemokraten gehörig die Wege zu weisen.

Zum Parteifreie in Baden hat der sozialdemokratische Verein in Freiburg in seiner letzten Versammlung Stellung genommen. Nach längerer Diskussion wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Freiburg spricht ihre entschiedene Mißbilligung gegen die Handlungsweise Dreßbach's und Dr. Rüdts einerseits und der „Vollstimme“ und des „Volksfreunds“ andererseits aus, weil dadurch die gesammte Partei noch ausen wie innen geschädigt wird. Die Versammlung wünscht daher, daß der Parteivorstand, soweit es in seiner Macht liegt sein mögliches thue, um diesem Treiben ein Ende zu machen.“

Parteiliteratur. Der Katalog einer tschechischen Buchhandlung in Wien, der uns dieser Tage übersandt wurde, enthält u. a. auch eine ganze Reihe Schriften bekannter sozialistischer Autoren in tschechischer Sprache. Es ist das jedenfalls ein Beweis für das steigende Interesse an sozialistischen Schriften auch in der tschechischen Bevölkerung.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— Mit Hausdurchsuchung wurde wieder einmal das Geschäft von Kuer u. Ko. in Hamburg beklagt. Ein kleines Aufgebot von Polizisten war am 21. Februar erschienen, um wegen der Nr. 7 des „Grundstein“ (Organ der Maurer) Nachforschungen anzustellen. Es handelte sich um den Artikel „Eist der Mensch — dann das Thier“, durch den vermutlich nach Ansicht einiger Leute der Staat und die Gesellschaftsordnung in allen Grundweihen erschüttert sein sollen.

— Begründung — ist nicht. Verworfen wurde die an die Leipziger Kreisbahnhauptmannschaft gerichtete Beschwerde des sozialdemokratischen Vereins Leipzig-Ost gegen die in der Versammlung vom 18. Dezember erfolgten Wortentscheidungen wegen Äußerungen, die der Ueberwachende, weil sie Beleidigungen des italienischen Ministerpräsidenten enthalten sollten, nicht ruhig passiren lassen zu dürfen glaubte. Die gegen die Beschwerde erlassene verwerfende Entscheidung enthält kein Wort der Begründung.

— Wegen eines Artikels, in welcher das Verfahren der Greifswalder Polizei mit einem angeblich geisteskranken Mann einer Kritik unterzogen wurde, verurtheilte das Leipziger Schöffengericht den Genossen Kayenstein als Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ zu 150 M. Geldstrafe.

Soziale Ueberblick.

Zur Lage der Tabakarbeiter wird der „Bremer Bürgerzeitung“ aus Burgdam geschrieben, daß diese augenblicklich eine tieftraurige sei. Für eine große Zahl von Arbeitern stehen Kündigungen bevor. Fast sämtliche Lager sind vollgeprobt von fertigen Fabrikaten. Auf Monate hinaus ist für die Entlassenen keine Aussicht vorhanden, wieder Arbeitsgelegenheit zu bekommen. Auch in dem benachbarten Scharbeck sind Kündigungen vorgenommen worden. Wird die Vorlage angenommen, so werden in dem kleinen Distrikt über 600 Arbeiter brotlos und dem bittersten Elend damit in die Arme geworfen.

Eine neue Steuer soll, wie die „Medlenburgische Volkszeitung“ mittheilt, die Generaldirektion der medlenburgischen Staatsbahn den Passagieren der 3. und 4. Wagenklasse aufzuerlegen suchen. Sie hat nämlich die Verfügung erlassen, daß Reisende der 3. und 4. Wagenklasse, welche ein körperliches Bedürfnis zu befriedigen haben und hierzu die Aufenthaltzeit auf einer Zwischenstation wegen deren zu kurzer Dauer nicht verwenden, ein Zuschlagbillet zu lösen haben, ehe sie die in den Wagen 2. Klasse befindlichen Aborte benutzen dürfen. Die Wagen 3. und 4. Klasse in Medlenburg sind mit Aborten nicht ausgerüstet. Wenn also einem Reisenden in diesen Klassen ein Bedürfnis überkommt, und er will sich nicht der Gefahr aussetzen, daß ihm der Zug wegfährt, er also auf einer Zwischenstation sitzen bleibt, so ist er gezwungen, eine Extrazuschlaggabe zu machen oder seine Gesundheit zu schädigen. — Besteht diese Verfügung wirklich, so wäre das um so ungerechter, als es gerade die Passagiere der 3. und 4. Wagenklasse sind, die erfahrungsgemäß den Eisenbahnen die Mehreinnahmen bringen müssen.

Segen des Vergnügens. Die Harpener Vergnügungs-Gesellschaft erzielte im Monat Januar d. J. an 25 Arbeitstagen, d. h. an 25 Tagen, an welchen sie für sich arbeiten ließ, einen Reingewinn von 822 000 M., also pro Tag 12 880 M. Der Gewinn der ersten sieben Monate des laufenden Geschäftsjahres (Juli 1894 bis Januar 1895) beträgt 2 110 000 M. gegen 1 694 000 M. im Vorjahre. — Die Kaliwerke Wschersleben erbrachten im Geschäftsjahre 1894 einen Reingewinn von 1 440 139 M. Davon fließen in die Taschen des Aufsichtsrathes 5 pCt. = 70 588 M. und in diejenigen der Aktionäre 10 pCt. = 1 200 000 M. — Bei solchem „Segen“ braucht man nicht erst zu wünschen: „Glück auf!“

Eine große Abneigung scheinen die Bewohner der Harzorte gegen die Einrichtung von Nelsonvalezentenhäusern und Sanatorien zu besitzen. Die braunschweigische Invaliden- und Altersversicherungs-Anstalt beabsichtigt, für ihre Versicherten auf dem Oberharze ein derartiges Institut ins Leben zu rufen. Um den nun gegen dieses Projekt zu Tage tretenden Widerstand zu brechen, sieht sich die genannte Versicherungsanstalt genöthigt, vermittelst Flugblätter die Bevölkerung im Harz aufzuklären. Im Interesse der Kranken ist die Einrichtung von Nelsonvalezentenhäusern und Sanatorien aufs freudigste zu begrüßen.

Gewerkschaftliches.

An die Staaker Verlied und der Umgegend! In der heutigen Periode des wirtschaftlichen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit sind so ziemlich alle Gewerkschaften organisiert. Besonders alle Berufsweige im Bergwerke haben ihre Berufs-genossen in Organisationen vereinigt. Nur unser Gewerbe ist noch durchaus rückständig, trotzdem in keiner anderen Branche die Schäden so arg sind und so offen zu Tage liegen wie in der unsrigen. Infolge dessen hat es eine Anzahl Kollegen unter-nommen, einen Verein der Staaker zu gründen, um so vereint unsere gerechten Forderungen geltend zu machen. Im Informaten- theil befindet sich das Nähere. Kollegen, verläumt nicht die ange-kündigte Versammlung Mann für Mann zu besuchen und dem zu gründenden Verein beizutreten. Mehrere Kollegen.

Für die Maurer findet am Sonntag, den 3. März, vor-mittags 10 Uhr, eine wichtige Versprechung statt und zwar für den Südost-Bezirk bei W. Noß, Waldemarstr. 61, und für den Nordost-Bezirk bei Blaurot, Gipsstr. 16. Die Berufs-genossen werden ersucht, sich recht rege an dieser Versprechung zu be-theiligen, sowie die Organisation, den Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer, thätig zu unterstützen.

Achtung, Fischer! Die Lohnunterschiede in der Fischerei von Weich, Wilmsstr. 57, sind noch nicht beigelegt. Der Unter-nemer ist für eine gütliche Verständigung nicht zu haben, des-halb legen die Kollegen nach Beendigung ihrer angefangenen Arbeit dieselbe nieder. Wie uns mitgetheilt wird, soll die von Herrn Weich übernommene Arbeit in einer anderen Werkstatt fertig gestellt werden. Wir machen die Kollegen noch darauf aufmerksam, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, sich mit den Kollegen von Weich solidarisch zu erklären. Die Werkstatt-kontrollkommission des deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Zahl-stelle Berlin.

In der Kürschner-Werkstatt Firma Wölfer-Weissen-fels ist infolge einer Lohnüberhebung um 42 1/2 pro Mille der Streik ausgebrochen; die Sperre ist verhängt und zwar so lange, bis die alten Lohnsätze gezahlt werden. Der Zugang ist streng fern zu halten! Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die anständigen Weber von Kottenbach in Aachen haben von der Kommission des Fabrikantenvereins eine Zusage von Lohnaufbesserung erhalten. Es ist aber doch fraglich, ob die Weber die Arbeit aufnehmen, da diejenigen, welche als die „Rädelsführer“ im Streik angesehen werden, nicht wieder ein-gestellt werden sollen. Die Streikenden verlangen Wiedereinstellung aller Weber und wollen sich die Maßregelung einzelner nicht ge-fallen lassen.

Affordarbeit in der Schweiz. Das schweizerische In-dustrie- und Landwirtschafts-Departement in Bern hat sich nach seinem Jahresberichte pro 1894 mit einer Eingabe der Metallarbeiter-Gewerkschaft, des Gelehrer-Fachvereins und des Fachvereins der Maschinenführer in Winterthur beschäftigt, welche verlangte, daß bei Affordarbeit jeder einzelne Arbeits-vollen im Lohnbuche des Arbeiters genau spezifiziert und ein minimaler Tagelohn ausgesetzt werde. Erreicht der Affordlohn die Höhe des Tagelohnes nicht, so hat der Fabrikant die Differenz drauzuzahlen, übersteigt der erlere den letzteren, so dürfen Abzüge nicht gemacht werden. Das genannte Departement entsandte nach Winterthur einen besonderen Ver-treter, um mit der betreffenden Firma die Angelegenheit direkt zu regeln. Die Firma ging auf die Spezifikation der Afford-abrechnung ohne Schwierigkeit ein, nicht aber auf die anderen For-derungen, zu denen das Departement bemerkt: „Diese Frage (be-trifft den minimalen Tagelohn) ist von so enormer Tragweite, daß sie langer und ausgedehnter Studien in den verschiedenen Industrie- bezirk und zur Zeit nicht bestimmt beantwortet werden kann.“ — Die Schwierigkeit zur Lösung der Frage ist jedenfalls nicht so groß, als sie dargestellt werden wird. Man berechne für den Arbeiter aus dem Fabrik-Lohnbuch aus einem oder mehreren Jahresbüchern den durchschnittlichen Tagelohn und der Arbeiter wird gerne mit dessen Anerkennung als minimalen Tagelohn zufrieden sein. Daß dem Arbeiter von einer erzielten höheren Affordlohn-Summe nichts abgezogen werden soll — diese Forderung ist von elementarster Billigkeit, sodas darüber weiter nicht ge-stritten werden braucht.

Der internationale Studienauschuss für die Interessen der Eisenbahnangestellten veröffentlichte soeben die vom 2. inter-nationales Kongress der Eisenbahnangestellten im Oktober v. J. zu Paris angenommenen Statuten und Beschlüsse. Von den letzteren heben wir die folgenden als die wichtigsten hervor: Der 1. Mai soll von allen Eisenbahnern als der Tag betrachtet werden, wo das Proletariat überall seine Forderungen an den Tag legt; sie sollen daher an dieser Kundgebung theilnehmen. — Die Arbeitszeit muß auf 48 Stunden wöchentlich, das heißt auf 8 Stunden täglich begrenzt werden, ohne die Löhne zu vermindern. Die Stunden sollen nach den Dienstverpflichtungen geregelt werden, sodas der längste Arbeitstag nicht 10 Stunden über-schreite, und die Angestellten eine ununterbrochene Ruhe von wenigstens 36 Stunden wöchentlich genießen sollen. Es soll ein auf die Lebensbedürfnisse gegründeter Minimallohn fest-gestellt werden. Es werden nachträgliche Arbeitsstunden nur dann zugelassen, wenn Unfälle oder Bahnstörungen sich ereignen. In diesen Fällen wird die Arbeitsruhe angemessen verlängert. — Abschaffung der Frachtzüge an Sonntagen, die Züge aus-genommen, welche vollständig mit leicht verderblichen Waaren beladen sind. — Abschaffung der Stückarbeit, sowie der Prämien in allen Dienstweigen ohne die Höhe und Gehälter der Angestellten zu vermindern. — Der Kongress erklärt, daß die Eisenbahner das Recht haben, ihre Pflicht als politische und administrative Wähler zu erfüllen, und überläßt den Organisationen jedes Landes, den ge-gebenen Körpern die nöthigen Vorschläge vorzulegen, um den Eisenbahnern die Ausübung ihrer Rechte zu erleichtern, ohne den Dienstverpflichtungen zu schaden. — Der Kongress ist überzeugt, daß die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiter nur durch die Sozialisierung der Produktionsmittel erreicht werden kann. — Zugleich wird mitgetheilt, daß der nächste internationale Kongress im August d. J. in Mailand stattfinden wird.

Gewerkschaftliche Organisation der Frauen in Schott-land. Dem im März 1893 auf Veranlassung der „Frauen-schutz-Liga“ zu Glasgow gegründeten Landesverbands-Auschuss für Schottland (Vertreter von Gewerkschaftsverbänden) an, sowie 21 Trade Unions und Vereine, in denen gemeinsam Arbeiter und Arbeiterinnen solcher Berufs organisiert sind, in welchen Männer wie Frauen beschäftigt werden. Der Landesverbands-Auschuss von Schottland“ repräsentirt die statuliche Anzahl von 93 526 Mitglieder.

Versammlungen.

Buchdrucker-Versammlung. Am 27., abends, wurden die Verhandlungen des Buchdruckervereins über die vom Parteitag in Frankfurt a. M. beschlossene Ausbebung des Affordlohn-systems in den Druckereien, welche Parteiblätter herstellen, fort-gesetzt. Der Versammlung lagen zwei Resolutionen vor:

Die von den Kollegen Krendsee und Genossen eingebrachte lautet: „Der Verein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer erklärt sich nicht nur mit der Einführung des gewissen Geldes in den Buchdruckereien, in welchen Arbeiterblätter hergestellt werden, einverstanden, sondern wird mit aller ihm innewohnenden Kraft auf die Befreiung des Stücklohnes (Berechnung) hinarbeiten, weil er denselben für ein Hemmnis sowohl der Stabilität im Ge-werbe, als der Unterbringung der Arbeitslosen hält.“

Die Resolution des Vereinsvorstandes hatte folgenden Wortlaut:

„In der Einführung des gewissen Geldes in den Druckereien der Arbeiterblätter kann die Versammlung eine Förderung der Interessen der Gehilfen nicht erblicken, so lange die für all-gemeine Einführung des Zeitlohns notwendigen Voraussetzungen fehlen.“

Bei dem zur Zeit vorhandenen gemischten Lohnsystem und der Eigenartigkeit des Zeitungswesens stellt sich das gewisse Geld als eine Reduzierung des Verdienstes und Beschänkung der persönlichen Freiheit dar, ohne als Äquivalent entsprechende Mehrereinstellungen Beschäftigungsloser herbeizuführen.

Der Vorstand wird beauftragt, in diesem Sinne die Inter-essen der Gehilfen bei Umänderungen des Lohnsystems zu vertreten.“

Dieser Antrag war von folgenden Motiven begleitet: „Der gegenwärtig gültige deutsche Buchdrucker-Tarif bildet den Maßstab der Entlohnung sowohl für den Afford- wie für den Zeitlohn (für den Zeitlohn legt er nur die Grenze (Minimum) fest, unter welche derselbe nicht sinken soll) und überläßt es dem persönlichen Ermessen des Arbeitgebers, sich für das eine oder andere Arbeitsverhältnis zu entscheiden.“

Hieraus ergibt sich prinzipiell — da der Tarif die Grundfrage für die Preisfaktulationen bildet — daß das eine System das andere nicht beeinträchtigen darf (d. h. Leistung und Gegenleistung müssen sich bei Zeit- und Affordlohn die Waage halten.)

Der Zeitlohn aber, wie er gegenwärtig dem Affordlohn gegenüber auftritt, hat im allgemeinen das Bestreben, bei geringer Entlohnung möglichst hohe Arbeitspensen zu erzielen, dient somit zur Verschleierung der Schmutz-konkurrenz und entspricht daher in keiner Weise dem Interesse der Arbeitnehmer.

Andererseits verhält es sich mit dem Zeitlohn, welchen die Organisation der deutschen Buchdrucker erhebt und welcher darin gipfelt: Allen Berufsangehörigen einen auskömmlichen, den Lebensbedingungen ent-sprechenden Lohnsatz zu schaffen, die eigen-nütige Ausbeutung der Arbeitskraft bes- einzelnen zu verbieten und überhaupt einen Regulator des Arbeitsmarktes zu schaffen.“

Der Zeitlohn in diesem Sinne bedeutet dem gültigen Tarife gegenüber eine Vertheuerung der Produktion, was — um falsche Auslegung zu verbieten — hier ausdrück-lich ausgesprochen wird. Eine grundlegende Basis für dieses Zeitlohn-system ist zur Zeit noch nicht vorhanden, kann auch nicht einseitig durch die Gehilfen geschaffen werden, sondern bedarf einer gründlichen Beratung und Aussprache aller beteiligten Faktoren, welche die gangbaren Wege für die Gesamtheit fest-zustellen haben.

Ist diese Frage somit zur Zeit noch eine theoretische, so steht doch für die Mitglieder der Organisation fest, daß, so lange eine anderweit gültige Grundlage für die Entlohnung nicht gegeben, Leistung und Gegenleistung“ sich auf dem Boden des jetzigen Tarifs zu bewegen haben, und daß der weitere Ausbau des Tarifs nur durch die Organisation selbst und die Tarifkontrahenten zu erfolgen hat.“

Angenommen wurde in später Nachtstunde mit 95 gegen 67 Stimmen die Resolution Krendsee.

Nixdorf. In den Viktoriafälen, Hermannstr. 45, fand am 26. Februar eine von etwa 400 Personen (meist Frauen) besuchte Volksversammlung statt. „Fordern die Frauen das politische Wahlrecht?“ lautete das Thema, über welches sich Frau Emma Zhrer eingehend verbreitete und hierbei in treffender Weise die Einwände unserer Gegner widerlegte. Reicher Beifall folgte den sehr interessanten Ausführungen. Infolge des Umstandes, daß auch der Wirth dieses Lokales seit einigen Tagen auf die sogenannte Folgezeit (10 Uhr) gesetzt worden ist, und mit Eintritt der selben gewöhnlich jetzt in Nixdorf die Versammlungen in solchen Lokalen aufgelöst werden, hielt es der Vorsitzende, Genosse Schenk, für rathsam, vor Eintritt in die Debatte über eine von Frau Zhrer empfohlene Resolution, die bereits in den Berliner Ver-sammlungen zur Annahme gelangte, abzuschließen. Ohne Wider-spruch erfolgte die Annahme der Resolution, worauf nach einer kurzen Diskussion, an der sich Frau S u b e l a und Frau Z h r e n - w a l d beteiligten, die Versammlung wiederum aufgelöst wurde.

Deutschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.
Schmalkalden, 28. Februar. In der Stadt Schmalkalden ist das Wahlergebnis der Reichstags-Grasah-wahl für den Wahlkreis Eschwege-Schmalkalden folgendes: Abgegeben wurden 1192 St., davon 528 für Stengel, 485 für H u h n (Soz.), 178 für den Reichstagskommissar Dr. Karl Peters und 51 für Jökraut.

Schmalkalden, 28. Februar, 9 1/4 Uhr Abends. Das Er-gebnis der Reichstags-Graswahl für den Wahlkreis Eschwege-Schmalkalden ist in der Stadt und im Kreise Schmalkalden fol-gendes: Stengel 1628, H u h n 1076, Dr. Karl Peters 1015, Jökraut 476 Stimmen.

Dresden, 28. Februar. Nach hier eingegangenen Meldungen aus Petersburg haben infolge der Zusammenflüsse zwischen Studenten und Polizei und Dworkin's vom 20. Februar an der Universität Ordnungshörungen stattgefunden. Vorgestern fand eine Versammlung der Studenten statt. Gestern begannen die Ordnungshörungen damit, daß die Studenten vom Rektor ver-langten, daß er bei dem Justizminister dafür eintrete, daß die Poli-zisten und die Dworkin's, welche die Studenten gereizt hätten, verfolgt würden; die Polizei hätte die Studenten verhaften sollen, sie aber nicht schlagen und verwunden dürfen. Als der Rektor sich bereit erklärte, bei dem Stadthauptmann Wahl Vorstellungen zu machen, erklärten die Studenten, sie nähmen das nicht an, weil Wahl der Polizei zugerufen habe: „Bernichtet die Studenten!“ Die Studenten beschloßen, an den Justizminister eine Deputation zu entsenden. Wenn die Ordnungshörungen nicht aufhören, wird die Universität vorläufiglich geschlossen werden.

Rom, 28. Februar. Heute Vormittag 11 Uhr erschien Biolitti infolge einer ihm zugegangenen Einladung vor dem Untersuchungsrichter, um über die gegen ihn von Madame Crispi und anderen erhobenen Anklagen vernommen zu werden.

Madrid, 28. Februar. Offizielle Telegramme aus Cuba melden, daß die Aufständischen von Santiago 120 Mann stark sind, daß die Stadt Baira für die Aufständischen Partei nahm und die Truppen große Thätigkeit entfalten.

Catanzaro, 28. Februar. Ein junger Priester feuerte auf den hiesigen Bischof einen Revolver-schuß ab, durch den der Bischof schwer verletzt wurde.

Paris, 28. Februar. Der Justizminister hat einen neuen Befehlswort über die Spionage ausgegeben, welcher gegen-wärtig dem Kriegs- und dem Marineminister vorliegt.

Paris, 28. Februar. Das Syndikat der Eisenbahn-bediensteten beschloß, in Agitation zu treten, um die Deputirten-kammer zu bestimmen, das Gesetz abzulehnen, monach den An-geklagten der Eisenbahn jede Vereinigung zum Zwecke der Arbeits-einstellung verbieten wird.

Nach einem Telegramm, welches der hiesigen Gesandtschaft von Columbia zugegangen ist, wurde der Rufstand im Innern des Landes niedergeworfen. Der Einbruch der Flibustier von Lachira sei noch zu bewältigen.

Nach einer hier vorliegenden Meldung aus Rio de Janeiro hat Brasilien für die während der Revolution erschossenen Franzosen eine halbe Million bemittelt.

New-York, 28. Februar. Bisher sind 25 Leichen aus der der Atchison-Tovela- und Santa-Fé-Eisenbahn gehörigen Kohlen-grube in Cerillos (New-Mexiko) hervorgezogen worden. Man glaubt, daß die noch in der Grube befindliche größere Anzahl Bergleute hoffnungslos verloren ist.

(Deutschen-Mureau Herold.)

Cedenburg, 28. Februar. Hier erschos sich der Einjährig-freiwillige Stephan Fralob, ein Sohn des Eisenhädter Ober-stuhlrathes, aus unbekanntem Ursachen.

Yvon, 28. Februar. Die katholische Mission veröffentlicht ein Telegramm des französischen Kolonialministers, worin mit-getheilt wird, die französische Mission in Tonkin sei überfallen und ausgeplündert worden.

Verriers, 28. Februar. In einem Wirthshaus in der Militärstraße erschos ein Soldat seine Geliebte, einen Unteroffizier und dann sich selbst.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

48. Sitzung vom 28. Februar 1895, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Fürst von Hohenlohe, v. Marschall, Dollmann und Kommissarien. Im Saale sind etwa 50 Mitglieder anwesend.

Auf der Tagesordnung steht die Verathung des Etats der Marineverwaltung.

Zum ersten Kapitel der Ausgaben „Marineabteilung“ sind für das letztere mehr verlangt die Kosten für drei Seecoffiziere, zwei expedirende Sekretäre, einen Registratur-Assistenten, zwei Kanzlei-Sekretäre und einen Kanzleibehälter.

Die Kommission beantragt, diese Mehrforderung wie im vorigen Jahre zu streichen.

Der Antrag der Kommission wird trotz des Widerspruchs des Staatssekretärs Dollmann einstimmig angenommen.

Beim Kapitel „Reichs-Marineamt“ verweist

Abg. Lieber als Berichterstatter der Budgetkommission auf die Erklärung, welche der Staatssekretär über den Unfall auf der Brandenburg in der Kommission abgegeben hat, und auf die Antwort betreffend die Zurückziehung der beiden Schiffe „Falk“ und „Bussard“ aus dem Hafen von Apia.

Die von der Kommission geforderten 10 800 M. bei den Gehältern der Bureaubeamten, 1200 M. bei den Gehältern der Unterbeamten und 600 M. beim Unterstützungsfonds werden auch vom Hause gestrichen.

Zum Kapitel: „Seewarte und Observatorien“ liegt eine Resolution der Budgetkommission vor: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen: Die den in Berlin stationierten Mitgliedern der Mittelbehörden der Reichsverwaltung gewährte Ortszulage von 600 M. an die gleichgestellten Beamten in Hamburg für das nächste Jahr in Aussicht zu nehmen.“

Dieselbe wird mit dem ganzen Kapitel genehmigt.

Zum Kapitel „Seelotse und Garnisonsschulwesen“ beantragt die Budgetkommission folgende Resolution: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Aufbesserung des Gehalts der Volksschullehrer an den Marineschulen in Erwägung zu nehmen.“

Abg. Eugen (Z.): Es sei trotz seiner mehrfachen Anregungen immer noch nicht genügend für katholischen Sonntagsgottesdienst auf den Schiffen gesorgt, während dies für den evangelischen der Fall ist.

Das Kapitel und die vorgeschlagene Resolution werden genehmigt.

Zum Kapitel 51 „Geldverpflügung“ berichtet der Abg. Lieber als Referent der Budgetkommission an der Hand der Denkschrift über die vorgenommene Personalveränderung.

Das Kapitel wird genehmigt unter Absetzung von 1440 M. für nicht pensionsfähige Zulage für einen Offizier und von 1 M. bei den Schreibmaterialien.

Im Kapitel 52: „Betrieb der Flotte“, hat die Kommission von den Zulagen (Verpflügung, Arbeits- u. Zulagen) 138 072 M., von der Schiffsverpflügung 138 650 M., für Betriebs-, Reinigungs- und Beleuchtungsmaterialien 288 544 M. abgesetzt.

Staatssekretär Dollmann: Der Abstrich von 800 000 M. kann nicht durchgeführt werden ohne wesentliche Einschränkung, wenn die Indienststellungen aufrecht erhalten bleiben.

Abg. Nicker (Dr. Eg.) weist demgegenüber darauf hin, daß trotz der Streichung eine sehr erhebliche Mehrbewilligung gegenüber dem vorigen Etat erfolgt.

Staatssekretär Dollmann: Ersparnisse werden nicht gemacht werden; es sind die Schiffe längere Zeit in Dienst gehalten worden, als ursprünglich veranschlagt war. Das wird auch 1895/96 geschehen müssen.

Abg. Nicker: Trotz der Abstriche werden immer noch circa 2 Millionen mehr als in früheren Jahren der Flotte zur Verfügung gestellt; wir müssen also darauf rechnen können, daß keine Etatsüberschreitungen erfolgen.

Der Antrag der Kommission wird genehmigt.

Beim Kapitel 54: „Bekleidung“, und zwar bei den außerordentlichen Kosten des Bekleidungswezens, erklärt auf eine Anregung des Abg. Hammacher (natl.) der

Direktor des Reichs-Marineamts Perels, daß die Reichs-Marineverwaltung seit 1889 den Weg der Submission zur Bekleidung der Marinetruppen verlassen und die Lieferung zwei Firmen übertragen hat. Obwohl diese Firmen den an ihre Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit gestellten Anforderungen durchaus genügen, hat die Verwaltung auf Anregung mehrerer Handelskammern dennoch den bestehenden Vertrag im vorigen Jahre gekündigt und eine beschränkte Submission eingeführt, an der sich neun Firmen beteiligt haben.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso ohne Debatte die Kapitel: Garnisonverwaltungs- und Erziehungs- und Wohnungsgeldzuschuß, Sanitätswesen, Reise-, Marsch- und Frachtkosten, und Bildungswesen.

Beim Kapitel: Instandhaltung der Flotte und der Werftanlagen weist

Abg. Nicker (Dr. Eg.) darauf hin, daß die Bestrebungen der Marineverwaltung stets dahin gegangen wären, einen gleichmäßig starken Stamm von erprobten Arbeitern an den Werften zu erhalten. Deshalb ist auch der Etat für Neubauten früher ein ziemlich gleichmäßiger gewesen. Der Redner bittet die Regierung um Auskunft über die Stärke des Arbeiterstammes, weist darauf hin, daß die Gleichstellung der Werftsekretäre mit den Intendantursekretären noch immer nicht erfolgt sei und beschränkt sich darüber, daß die Werftführer nach ihrer etatsmäßigen Anstellung schlechter stehen als früher.

Staatssekretär Dollmann: Wenn die Summen für die Schiffsbauten erheblich schwanken, so ist das sehr unerwünscht für die Marineverwaltung; ich habe das in einer kleinen, der Budgetkommission vorgelegten Schrift nachgewiesen. Aber der hohe Reichstag hat darauf großen Einfluß. In den 80er Jahren ist weniger bewilligt worden und erst 1890 tritt wieder ein Aufschwung ein. Die Werftführer stehen sich allerdings als etatsmäßig angestellt etwas schlechter. Dafür sind sie aber pensionsfähig. Wir haben am Schlusse des vorigen Jahres auf der Werft Danzig 437, in Kiel 4400 und in Wilhelmshaven 5950 Arbeiter gehabt.

Geheimrath Plath erklärt, daß die Werftsekretäre und die Intendantursekretäre gleichgestellt seien.

Abg. Nicker spricht seine Verwunderung darüber aus, daß diese Erklärung nicht bereits im vorigen Jahre abgegeben worden ist, als diese Frage zum ersten Male aufgeworfen wurde.

Abg. Legien (Soz., fordonernde, große Unruhe, bei der Redner nur unvollkommen zu verstehen ist): Auf der kaiserlichen Werft in Kiel sind im Mai des vorigen Jahres ca. 500 Arbeiter entlassen worden. Ich frage nun den Staatssekretär: welche Gründe haben vorgelegen, das Geschick der Arbeiter, die Arbeitszeit zu verkürzen und dadurch den Arbeiterentlassungen vorzuziehen, abzulehnen. Die Arbeiter haben sich in einer Versammlung bereit erklärt, sich eine Lohnverkürzung gefallen zu lassen, um nur ihre Kollegen vor Noth zu schützen. Die Arbeiter sind schon deshalb in einer pekären Lage, weil sie zum großen Theil von auswärts nach der kaiserlichen Werft zu gezogen sind. Das Dorf Gaarden bei Kiel hatte 1860 400 Einwohner, jetzt zählt es deren 10 000. Die entlassenen Arbeiter

sind zum großen Theil verheirathet und es ist ihnen schwer möglich, anderweitig Beschäftigung zu finden. Sie sind also zweifellos der Noth und dem Elend preisgegeben. Wäre die Arbeitszeit verkürzt worden, so stände der größte Theil dieser Arbeiter noch heute in Arbeit. Wie wenig die Arbeiterentlassung notwendig war, zeigt die Thatsache, daß in neuerer Zeit wieder Arbeiter eingestellt worden sind. Es sind Eingaben bis an die höchste Instanz des Staatssekretärs gerichtet worden, dieser hat sich aber geweigert, die Gründe anzugeben, weshalb er auf eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht eingehen wolle. Bei der Einstellung neuer Arbeiter ist ein sehr tüchtiger und brauchbarer Arbeiter, dies hat ihm die kaiserliche Werft attestiert, nicht berücksichtigt worden. Er hat s. Z. sich besonders für die Verkürzung der Arbeitszeit ins Zeug gelegt und es hat den Anschein, daß er gerade wegen dieses Umstandes nicht in Arbeit genommen ist. Uebrigens gilt dasjenige, was ich von Kiel gesagt habe, auch vom Wilhelmshaven und Danzig. Auf manch diesen Orten hat ein erheblicher Zuzug von Werftarbeitern stattgefunden.

Staatssekretär Dollmann: Die Werfte haben keinen Anlaß, in ihrer Arbeiterzahl zu wechseln, heute viel, morgen wenig zu beschäftigen. Aber in den Wintermonaten häufen sich die Arbeiten der Werfte; die Schiffe der Maudverflotte sind zur Reparatur gekommen und diese Arbeiten müssen vollendet werden. Die übrige Zeit wird mit Neubauten ausgefüllt. Wenn nicht Arbeiter entlassen werden sollen, dann muß die Arbeitszeit verkürzt werden. Da ist der Arbeiterausschuß einberufen worden und hat sich gegen die Verkürzung der Arbeitszeit entschieden. Es bestehen allerdings gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen den Arbeitern. Trotz alles Wohlwollens der Marineverwaltung für ihre Arbeiter muß die Verwaltung doch darauf Rücksicht nehmen, ob genügende Arbeit vorhanden ist.

Abg. v. Kardorff (Dip.): Den Sozialdemokraten, welche sich über Arbeiterentlassungen beschwerten, habe ich in der vorigen Session diese Arbeiterentlassungen als eine notwendige Folge der Ablehnung der neuen Schiffsbauten vorhergesagt. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Hammacher (natl.) findet es ebenfalls seltsam, daß diejenigen Herren sich für die Arbeiter einsetzen, welche die Gelegenheit ablehnen, den Arbeitern Beschäftigung zu gewähren.

Referent Abg. Lieber weist darauf hin, daß die Marineverwaltung bereits in der Budgetkommission sehr entgegenkommende Erklärungen abgegeben hat.

Abg. Legien: Der Staatssekretär hat selbst zugegeben, daß der Wechsel in der Zahl der Arbeiter nicht eine Folge der Nichtbewilligung der Schiffe sei, sondern daß er alljährlich eintritt. Wenn es nach und gegangen wäre, hätte eine solche Anbahnung von Arbeitskräften überhaupt nicht stattgefunden. Durch Ihre sorgfältigen Bewilligungen haben Sie diese Anbahnung verschuldet und nun haben Sie auch die Verantwortung dafür, daß diese Arbeiter nicht auf das Pflaster geworfen werden.

Wenn Sie verlangen, daß wir für die Neubewilligungen stimmen, so könnten wir mit demselben Grund Sie daran erinnern, daß Sie für die Torpedoboote stimmen müßten. Die durch die Entlassung getroffenen Arbeiter stimmen alle unserer Stellung zu den Marineforderungen zu. Das haben sie erklärt, obgleich sie dadurch in Noth gerathen. Wenn Sie, die Konserwativen und Nationalliberalen, ebenso sehr wie diese Leute Rücksicht auf das Gemeinwohl nehmen, so hätten Sie schon längst gegen die Neubewilligungen gestimmt, die Arbeiter wissen sehr wohl, daß durch das ungerechte System der indirekten Steuern ihnen ihr Verdienst wieder aus der Tasche gezogen wird. Ich rathe Ihnen, sich nur ein klein wenig von diesem Sinn für das Gemeinwohl anzugewöhnen! Wenn die Werft Arbeiterentlassungen vermeiden will, warum bewilligt sie dann nicht eine Verkürzung der Arbeitszeit? Der Staatssekretär hat selbst erklärt, daß diese Arbeiter keine andere Beschäftigung finden können. Soweit ich unterrichtet bin, hat die Mehrheit der Arbeiter im Wohlfahrtsausschuß sich für die Verkürzung der Arbeitszeit ausgesprochen. Wenn man uns hier erklärt, daß gerade in den Staatsbetrieben am meisten auf das Wohl der Arbeiter gesehen wird, so soll man uns das hier beweisen.

Staatssekretär Dollmann: Die Behauptung, daß die Bewilligung von Schiffsbauten keinen Einfluß auf den Stand der Arbeiter ausüben würden, ist ein Irrthum. Wenn Neubauten vorhanden sind, können die im Sommer dabei beschäftigten Arbeiter im Winter bei den Reparaturen verwendet werden. Ein Theil der Arbeiter, der Familien zu versorgen hatte, ist gegen die Einschränkung der Arbeitszeit gewesen und diesem glaubt die Verwaltung das Hauptgewicht beimessen zu müssen.

Abg. Nicker: Was nicht richtig ist, ist die ungleichmäßige Bewilligung. 1889/90 sind 10 1/2, 1890/91 32 Millionen bewilligt worden, 1891/92 dagegen wieder nur 11 1/2. Dadurch kommen die großen Arbeiterentlassungen und daher die Entlassungen. Ein gleichmäßiger Fortgang der Neubauten muß herbeigeführt werden. Im übrigen sind gar nicht in der letzten Zeit hunderte von Arbeitern entlassen, soweit die Danziger Werft in Betracht kommt. Im großen und ganzen würde es zweckmäßiger sein, statt eine Anzahl von Arbeitern zu entlassen, eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen.

Abg. v. Kardorff: Die Budgetkommission ist auch davon ausgegangen, daß es nützlich wäre, wenn die Marinebauten möglichst gleichmäßig verurtheilt werden. Das wird sich nicht alle Jahre machen lassen, aber die Kommission war der Meinung, daß alljährlich ca. 15 Millionen Markt ausgegeben werden müssen, wenn wir die Flotte im Stand halten wollen. Wenn die Sozialdemokraten keine Marine und kein Heer wollen, so ist es nützlich, dies einmal zu konstatieren. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter, welche glauben, daß die Kosten des Heeres und der Marine durch die indirekten Steuern aufgebracht werden, scheinen von den sozialdemokratischen Agitatoren in den Wahn verkehrt zu sein, daß der Staat ohne Steuern auskommen kann. Denn direkte Steuern wollen die Sozialdemokraten ja auch nur den reichen Leuten auferlegen.

Abg. Webel: Niemand von uns hat ausgesprochen, daß wir kein Heer und keine Marine wollen, (Widerspruch rechts) auch der Abg. Legien nicht. Wie wir zu dieser Frage stehen, haben wir noch bei der letzten Erörterung der neuen Militärvorlage klargestellt. Das wir in bezug auf die Organisation dieser beiden Institutionen eine andere prinzipielle Auffassung haben wie Sie, sollte doch auch dem Abg. v. Kardorff ausgegangen sein. Nach Ihrer Logik müßten wir für alle Heer- und Marineforderungen stimmen, weil dadurch ein Mehr von Arbeit bei der Fabrication von Waffen, Uniformen, bei neuen Kasernen, Depots u. s. w., ferner bei Neubauten von Schiffen und Reparaturen notwendig ist. Daraus nun zu folgern, daß wir auch unsererseits die Forderungen dafür gutheißen müssen, ist ein Standpunkt, der, nehmen Sie mir es nicht übel, etwas lächerlich ist. (Oh! rechts.) Sie selber sind nicht gewillt einen solchen Standpunkt zu akzeptieren. Bis heute ist noch kein Budget in der Form bewilligt worden, wie es die verbündeten Regierungen gefordert haben, und auch Sie (rechts) waren vor einem Jahre sehr wenig geneigt, die neuen Marineforderungen zu bewilligen; Sie haben damals mehrere Forderungen gestrichen. Heute ist die Situation natürlich eine andere, heute bewilligen Sie weit mehr als damals, aber soweit wie verlangt worden ist, will auch Herr v. Kardorff nicht bewilligen. Unser Standpunkt ist

sehr einfach: wir haben hier die allgemeinen Interessen der Arbeiter zu vertreten, allerdings von dem Gesichtspunkte aus, wie wir es auffassen. Wir haben uns auch nicht beschwert, daß keine Arbeit vorhanden ist. Wenn der Staat in seinen Verhältnissen keine Arbeit hat, so sagen wir nicht, Du müßt sie uns schaffen. Es handelt sich hier nur darum, die Arbeit so einzustellen, daß alle Arbeiter beschäftigt bleiben und zwar mit Hilfe einer Verkürzung der Arbeitszeit. Was hier verlangt wird, thut jeder vernünftige und humane Arbeitgeber. So habe ich es selber gemacht und so handelt jeder menschlich fühlende Unternehmer. Wir haben uns nur darüber beklagt, daß der Staat auf diesen einfachen, natürlichen und durchführbaren Vorschlag nicht eingegangen ist. Daß die sozialdemokratischen Arbeiter indirekten Steuern zahlen wollen, ist eine Behauptung ins Blaue hinein. Wir verlangen nur, daß das Existenzminimum unter 600 M. von der direkten Steuer frei bleibe. Dabei würden die Arbeiter, vorausgesetzt, daß die indirekten Steuern aufgehoben würden, ganz bedeutend profitieren, denn die indirekten Steuern wachsen mit der Kopfzahl der Familie und betragen pro Familie 60-100 M. Wir wollen eine direkte, gerechte, progressive Einkommensteuer schon um deswillen, damit jeder einzelne genau weiß, was dieser kostbare Staat ihm eigentlich kostet. (Heiterkeit und Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hammacher (natl.): Herr Bebel ist ein sehr geschickter Redner; um die Einzelheiten in den Hintergrund zu drücken, bringt er allgemeines hier vor, um seinen Freund Legien zu verteidigen, der gesagt hat, wenn die Sozialdemokraten herrschen würden, gäbe es überhaupt keine Schiffe. Es ist auf den deutschen Schiffswerften eine gewisse Anzahl von Deutschen thätig; diejenigen, die diesen Werften durch ihre Abstammung die Arbeit entziehen, schädigen die Arbeiter. Die Sozialdemokratie stimmt gegen alle Ausgaben, gegen den ganzen Etat. Der Angriff des Herrn Legien war also ein ungerechter.

Abg. v. Kardorff: Im vorigen Jahre habe ich für jedes einzelne Schiff gestimmt und es hier im Kleinen verteidigt. Darauf werden die Gehälter der Werftbeamten bewilligt.

Der Titel wird nach kurzer Debatte bewilligt. Bei den Kosten zur Instandhaltung der Schiffe und des Inventars werden 181 500 M. abgesetzt.

Beim Kapitel „Waffenwesen und Befestigung“ theilt der Berichterstatter mit, daß die Frage des Salutschießens in der Kommission bei diesem Titel berührt sei.

Abg. Nicker: Da die Kosten für die Lebungsschießen so gewachsen sind, müßte man doch fragen, ob nichts gespart werden könne beim Salutschießen. Vielleicht wird einmal eine Statistik über das Salutschießen aufgenommen, um dessen Kosten zu ermitteln. (Heiterkeit.)

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso ohne Debatte das Kapitel „Torpedowesen“.

Bei den Ausgaben für das Kasernen- und Rechnungswesen empfiehlt Abg. Zeffen im Interesse der Zahlemeister das Avancement zu verbessern. Das Kapitel wird genehmigt, ebenso ohne Debatte die Kapitel „Rüsten- und Vermessungswesen“ und „verschiedene Ausgaben“.

Damit sind die ordentlichen Ausgaben erledigt. Gegenüber dem von allen Seiten erklingenden Ruf nach Vertagung bittet der Vizepräsident v. Quast, noch den einleitenden Vortrag des Referenten zu den einmaligen Ausgaben zu hören.

Das Haus stimmt zu.

Abg. Lieber: Es wird von seiten der Verwaltung und der verbündeten Regierungen nicht daran gedacht, die Hochseepanzerflotte über die Zahl von 14 zu erhöhen. Die Hochseepanzerflotte besteht aus drei Klassen. Schiffe erster Klasse: „Brandenburg“, „Wörth“, „Weichenburg“, „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ und „Erfah Preußen“; sie sind neuester Konstruktion und Bewaffnung und stehen auf der Höhe der technischen Entwicklung. „Friedrich Wilhelm“, „Kaiser“ und „Deutschland“ sind jänzlich ältere Schiffe. „König Wilhelm“ stellt einen Typ für sich dar und wird nicht allzu lange mehr ohne Erfah bleiben können, jedoch wird für dieses Jahr ein Erfah noch nicht gefordert. Der „Kaiser“ und „Deutschland“ sind Schweserschiffe, von denen das letztere aus laufenden Mitteln soweit umgebaut ist, daß es noch eine Reihe von Jahren als dienstfähig angesehen werden kann; während für „Deutschland“ unter den laufenden Ausgaben 1 485 220 M. verlangt werden, um dieses Schiff noch auf längere Zeit in brauchbaren Zustand zu versetzen. Von den Panzern III. Klasse befindet sich „Friedrich der Große“ ungefähr in demselben Zustande wie „König Wilhelm“. Für die vier Schiffe der Sachsenklasse, „Baden“, „Bayern“, „Württemberg“ und „Sachsen“ wird eine erhebliche erste Rate gefordert, um sie einem umfassenden Umbau zu unterziehen, damit ein Erfah für längere Jahre entbehrt werden kann. Man wird sich nach den amtlichen Erklärungen in den folgenden Jahren mit einem umfassenden Umbau behelfen, sodas bis zum Ende dieses Jahrhunderts ein Erfah für die Hochseepanzerflotte nur für „König Wilhelm“ und „Friedrich der Große“ zu erwarten ist. Es ergab sich aus der Debatte, daß darüber hinaus alle Zukunftspläne in bezug auf die Hochseepanzerflotte als private Zukunftspläne betrachtet werden könnten. Am Schlus der Verhandlung habe ich dies unter Zustimmung der Vertreter der verbündeten Regierungen in der gesammten Kommission feststellen können. In bezug auf die Kreuzer zweiter Klasse, deren die Denkschrift vom Jahre 1889/90 sieben in Aussicht nahm, wurde erklärt, es würde nicht beabsichtigt, über den Rahmen jener Denkschrift hinauszugehen, wobei das Tempo, in welchem die Erfüllung dieser Denkschrift zu vollziehen sein werde, vorbehalten bleibt. Hinsichtlich der Kreuzer erster Klasse, zu denen im vorliegenden Etat der Erfah Leipzig gehört, wurde erklärt, daß zunächst nur dieser Panzer in Aussicht genommen sei, daß irgendwelche weitergehenden Pläne amtlich nicht bekannt seien, daß die Marineverwaltung sich indessen vorbehalten müsse, in bezug auf diese Kreuzerklasse freie Hand zu behalten.

Um 5 Uhr wird die weitere Verathung bis Freitag 1 Uhr vertagt. Außerdem Militäretat.

Parlamentarisches.

In der Justizkommission des Reichstags wurde am Donnerstag die Verathung der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz beendet. Auf Antrag des Abg. Spahn (Z.) wurde zu § 77 ein Zusatz angenommen, wonach zu Mitgliedern der Strafkammern, sowie zu deren regelmäßigen Vertretern nur ständig angestellte Richter (also keine Assessoren) bestimmt werden dürfen. Des weiteren wurde, der Regierungsvorlage entsprechend, die Befehung der Strafkammern mit nur drei Mitgliedern für die erste Instanz beschlossen. In der Berufungsinstanz muß dagegen die Kammer mit fünf Mitgliedern besetzt sein. Die weiteren Beschlüsse der Kommission sind minder wesentlich und mehr von formaler Bedeutung.

Die „Wirtschaftliche Vereinigung“ des Reichstags hielt am Donnerstag Vormittag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Graf Herbert Bismarck eine Sitzung ab. Zunächst wurde der Bericht der Subkommission, welche beauftragt war,

Vorschläge zur wirksamen Bekämpfung der Nahrungs- mittel-Verfälschung durch Margarine und zum Schutze der landwirtschaftlichen Vollerzeugnisse gegen die schädigende Konkurrenz der Margarine zu machen, entgegengekommen. Wie der Referent mittheilt, hat die Submissionskommission bisher ihren Auftrag nicht erfüllen können, da sie niemals ausreichend besucht gewesen ist! Der Besizer einer Margarinefabrik in Prenzlau habe die Mitglieder der Kommission zur Besichtigung seiner Fabrik aufgefordert, man werde diese Einladung annehmen und auf Grundlage der dort zu machenden Studien weitere Vorschläge machen. Sodann trat die Vereinigung in die Beratung des dem Reichstage zugegangenen Antrages des Abg. Frhr. v. Helldorf von Herrnshausen, betr. die Kündigung des Handelsvertrages mit der Argentinischen Republik. Die Herren von Heyl, Graf von Oriola und Graf Bismarck traten in längeren Ausführungen für den Antrag ein, und die Vereinigung beschloß mit allen gegen eine Stimme, den Antrag im Plenum zu unterstützen. Des weiteren beschäftigte sich die Vereinigung mit der Tabaksteuer-Vorlage. Es wurde beschlossen, für dieselbe mit Erhöhung des Eingangszolles auf ausländische Tabake einzutreten. — Die Versammlung war nur schwach besucht.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 28. Februar 1895, nachm. 5 Uhr.

Zu den Ausschüssen für die Einverleibung von Vororten sind auch die Stadt. Singer und Schulz II gewählt worden. Durch den Tod des Stadtv. Degener sind in verschiedenen Kuratorien und Deputationen Vakanzstellen eingetreten. Es wird in das Kuratorium für hypothekarische Beleihung von Grundstücken aus Stiftungsfonds Stadtv. George gewählt, die übrigen Ersatzwahlen sollen in der nächsten Sitzung stattfinden.

Der Tarif für Arbeiten und Lieferungen bei Ausführung der Haus- und Dachwasserableitungen wird unverändert genehmigt. Darauf tritt die Versammlung ein in die Spezialberatung des Stadthaushalts-Etats für 1895/96.

Die Etats-Grundstücke in der Stadt, ländliche Grundstücke und Kalksteinbruch zu Nüderdorf, Berechtigungen werden nach dem Etatsentwurf unverändert angenommen. Unter den „Berechtigungen“ ist die Rathswaage am Arminiusplatz nicht mehr aufgeführt, da der Magistrat dieselbe zum 1. April d. J. wegen ungenügender Benutzung eingeben lassen will und der Ausschuss dem in der Ueberzeugung, daß das Institut der Rathswaagen sich überlebt habe, zugestimmt hat.

Zum Etat der Bade-Anstalten beantragt der Etats-ausschuss folgende Resolution:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, sich mit der Einziehung einer Verwaltungs-Deputation für das städtische Badewesen einverstanden zu erklären und der Versammlung eine entsprechende Vorlage zugehen zu lassen.

Die Resolution wird angenommen.

Stadt. Hentig bittet um die Beschaffung besseren Wassers aus Tiefbrunnen für die Volks-Bade-Anstalt an der Schillingbrücke, damit die Ausgabe von 13 000 M. für Leitungswasser für diese Bade-Anstalt aus dem Etat wieder verschwinde.

Der Etat wird genehmigt.

Zum Etat der öffentlichen Desinfektions-Anstalt in der Reichsbergerstraße bemerkt

Stadt. Dr. Jadel: Ich registriere bei diesem Etat wie alljährlich die Stimmen, welche sich im Laufe des Jahres für unser Verlangen, die Desinfektion unentgeltlich zu machen, ausgesprochen haben. Diesmal kann ich mit einer sehr gewichtigen Stimme aufwarten. Es hat am 2. Dezember 1894 die Berlin-Brandenburgische Vierzehnter eine Erklärung angenommen, nach der es notwendig ist, daß die aus hygienischen Gründen zwangsweise eingeführte Desinfektion aller Wohnungen, deren Insassen von Infektionskrankheiten befallen gewesen, durch die städtische Verwaltung unentgeltlich ausgeführt werde. Ich bedaure, daß der Magistrat auf seinem ablehnenden Standpunkte hartnäckig beharrt, um so mehr, als die Forderung der Bezahlung ein Unrecht ist, wo kein Verzicht der Magistrat zustimmen würde, wenn er es zur gerichtlichen Entscheidung kommen ließe.

Der Etat wird ohne bloß angenommen.

Beim Etat der Iren- und Jüdiens-Anstalt in Dallborf hat der Ausschuss an den Ausgabeposten für Beköstigung 8 pCt. mit Rücksicht auf die billigen Lebensmittelpreise abgesetzt, desgleichen 5 pCt. an den Ausgaben für Heizung, wofür er die Etatsanträge für durchweg zu hoch gegriffen erachtet. Zugleich hat er eine allgemeine Resolution vorgeschlagen, den Magistrat zu ersuchen, die Verabminderung der großen Kosten für Heizung in Betracht zu ziehen.

Die Resolution und der Etat werden nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen, der auch noch an dem Konto für Bau- und Reparaturkosten 6000 M. gestrichen hat.

Im Etat der Irenanstalt Herzberge bei Lichtenberg sind entsprechende Abstriche für Beköstigung und Heizung vorgenommen worden, bei den Reparatur- und Baukosten ein Abstrich von 10 000 M., ferner 2000 M. an den Tagelöhnen für Ackerbestellung, da man die stärkere Heranziehung von Iren für diese Arbeiten für zweckmäßig hält, und 3000 M. an den Ausgaben für Instandhaltung der Wege, Chaussees, Park- und Gartenanlagen; aus demselben Grunde. Die Vorschläge des Ausschusses werden durchweg ohne Debatte angenommen; desgleichen der Spezialetat der Anstalt für Epileptische Wuhlgarten bei Biesdorf, endlich der Etat, betreffend die Fleischschau für das von außerhalb eingeführte Fleisch.

Es wird hierbei gleichzeitig ein Gemeindecbeschl. gefaßt, wonach der für das laufende Jahr festgesetzte Gebühren-tarif auch für das Jahr 1895/96 in Geltung bleiben soll.

Die Vorlage, betr. die Anlage von zwei Rohrbrunnen nebst Saugrohrleitung zur Speisung des Bassins der Volks-Bade-Anstalt am kleinen Thiergarten in Moabit wird genehmigt, desgl. die Vorlage wegen Festsetzung von Fluchtlinien für eine neue Straße 14b, Abtheilung II des Bebauungs-plans, auf dem südlichen Terrain zwischen Urbanstraße, Urbanplatz und Wilmstraße von der Urban nach der Wilmstraße.

Es folgt die Vorlage betr. die Umgestaltung der Straße Unter den Linden.

Nach der Vorlage des Magistrats ist dieser mit seinen Bemühungen, den Fortfall des Reitweges bei den zuständigen Instanzen zu erwirken, nicht durchgedrungen. Er hat nur eine Verringerung der Breite von 7 auf 5 Meter zu erreichen vermocht und legt nun der Versammlung ein Projekt vor, welches mit der Erhaltung des Reitweges in dieser Breite rechnet.

Zur Verbreiterung des südlichen und nördlichen Bürgersteiges wird ferner der Fortfall des Laternenwegs auf der Südseite, wie auch die Verschmälerung des nördlichen und südlichen Fahrdammes projektirt. Die Kosten sind auf 400 000 M. veranschlagt.

Stadt. Schulz I: Die heutige Vorlage ist eine Verschlechterung der früheren (Sehr richtig!). Der Reitweg, dessen Fortfall wir als Vorbedingung der Umgestaltung bezeichneten, soll jetzt erhalten bleiben. Er hat für die Straße absolut keinen Vortheil, wird vielmehr dauernd eine schwere Belästigung des Publikums sein. In einer so frequenten Straße wie dieser sollte doch auch das eiserne Gitter der mittleren Promenade endlich beseitigt werden. Für die Pferde, welche vom Markt nach dem Pariser Platz geführt werden sollen, kommen die 800 Meter Reitweg garnicht in Betracht. Haben wir aber erst die 400 000 M.

geopfert, so versperren wir uns selbst jede Aussicht, daß später einmal irgend eine Pferdebahn oder dergl. die Linden entlang angelegt werden kann. Ich beantrage, die Vorlage abzulehnen, denn nur durch entsprechende Stellungnahme der Stadtverwaltung kann die Krone veranlaßt werden, den berechtigten Wünschen der Bürgerchaft zu entsprechen. (Beifall.)

Stadt. Hentig empfiehlt das Friedeberg'sche Projekt, wonach die Mittelpromenade in eine Korsostraße verwandelt wird, die Bürgersteige nördlich und südlich ganz erheblich verbreitert werden können, weil die Fahrbwege fortfallen und schließlich auch der Reitweg erhalten bleiben könne. Redner schiebt es freilich auch lieber, wenn dieser Reitweg beseitigt würde, und glaubt, daß bei den gestiegenen Verkehrsbedürfnissen es nicht schwer sein könnte, die Genehmigung zur Kasstranz zu erlangen. (Lebhafter Widerspruch.)

Für Ausschüßberatung stimmen nur etwa 5 Mitglieder; in der zweiten Beratung wird die Vorlage unter großer Theilnahme der Versammlung einstimmig abgelehnt.

Schluß 7 Uhr.

Tokales.

Der „Verein gegen Verarmung“ hat am Montag seine diesjährige Generalversammlung gehabt. Aus Zeitungsberichten darüber erfahren wir, daß bei dieser Gelegenheit das 25-jährige Bestehen des Vereins durch eine Festsrede gefeiert worden ist, in der man die bisher erreichten „Erfolge“ gerühmt hat. Wir haben wiederholt erörtert und auch aus den Jahresberichten des Vereins selber nachgewiesen, daß wahrlich kein Anlaß vorliegt, von „Erfolgen“ zu sprechen. Gerade der „Verein gegen Verarmung“ hat mit seiner nun 25-jährigen Thätigkeit ein Flaklo erlebt, wie kaum ein anderer „Böththätigkeits“-Verein in Berlin. Er ist durch die fortschreitende Verschlechterung der Ernährungsverhältnisse genöthigt worden, seine thätigkeitsmäßige Hauptaufgabe, Schutz gegen Verarmung oder Ausbisse Verarmter, von Jahr zu Jahr mehr in den Hintergrund zu schieben, und dafür die Lebensaufgabe, Unterstützung Armer, denen nicht mehr aufgeholfen werden kann, immer mehr in den Vordergrund zu rücken. Diese totale Verschlebung der verschiedenen Gebiete seiner Thätigkeit hat der Verein auch im Jahre 1894 nicht aufhalten können. Zwar ist die Gesamtzahl der Unterstühten nicht weiter gefallen, sondern sogar noch etwas gegen 1893 gestiegen, von 4441 auf 4517. Aber verhältnißmäßig ist nur die Zahl der mit Geld Besessenen geblieben, während die Zahl derjenigen, die ein juristisch zahlendes Darlehen oder eine abzahlende Nähmaschine erhielten, weiter gefallen ist. Das heißt: weiter geblieben ist die Zahl derjenigen, denen nicht mehr zu helfen ist, die der Verein aber wenigstens vor dem Hunger schützen will, weiter gefallen ist dagegen die Zahl derjenigen, denen der Verein noch aufhelfen zu können meint. Es wurden unterstellt mit:

überhaupt			von je 100			
Jahr	Ma-	Se-	Jahr	Ma-	Se-	
	leben	schien		leben	schien	
1893	298	64	4079	6,7	1,4	91,8
1894	300	56	4161	6,6	1,2	92,1

Dagegen im ersten Jahre der Vereinsthätigkeit:
1870 1136 128 982 51,0 5,8 43,3

(Eine vollständige Uebersicht über den Zeitraum 1870—95 haben wir in Nr. 126 vom 3. Juni 1894 gebracht, wo übrigens die Prozentzahlen auf Ganze abgerundet sind.) Gegenüber diesem Mißerfolg, der ein weiteres Zurückweichen des Vereins vor der immer weiter um sich greifenden Verarmung bedeutet, fällt es weniger ins Gewicht, daß auch Mitgliederzahl und Beitragssumme weiter gesunken sind, jene von 10 219 auf 9851, diese von 76 852 auf 74 156 Mark; desgleichen die Einnahmen aus Geschenken und Begehren von 47 468 auf 48 734 Mark und aus Rückzahlungen von Darlehen oder Abzahlungen für Nähmaschinen von 20 022 auf 19 240 Mark. Aber einen Mißerfolg bedeutet natürlich auch das. Der einzige wirkliche „Erfolg“, den der Verein erzielt hat, ist der, daß es ihm gelungen ist, eine Anzahl Berliner Bürger gegen die „Vettelplage“ zu schützen, insofern als kein Bettler da anspricht, wo er das die Mitglieder ferngehende Schild an der Thür erblüht. Diesen „Erfolg“ hat der Festsprecher mit Recht hervorgehoben. Man wird uns aber zugestehen, daß das schließlich auch gerade kein Anlaß ist, in die Posanne zu stoßen und zu verulanden, daß man es „herzlich weit gebracht“ habe.

Protestversammlungen gegen das Verbot des sittlichen Jugendunterrichts sollen in regelmäßigen Zwischenräumen in Berlin abgehalten werden; eine am Mittwoch Abend in den Arminiushallen abgehaltene Versammlung beauftragte eine Kommission von fünf Personen mit den nöthigen Vorbereitungen. Diese vorangesehene als Vertreter freireligiöser Anschauungen zusammengesetzte Versammlung faßte nach lebhafter Diskussion, in der die Umfugvorlage nach allen Richtungen hin erörtert wurde, folgende Resolution: Die Versammelten erachten das Verbot des sittlichen Jugendunterrichts als einen zeitwidrigen Angriff auf den gesunden Menschenverstand der hoch Intelligenz und Mittel jedes Unterrichts sein muß, zumal von ihm allein eine gedeihliche Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte abhängt.

Weshalb er nicht? Dieses seit den Zeiten des „Eisernen Kanzlers“ nicht mehr auf der Tagesordnung gewesene Frage- und Antwortspiel hat, ohne daß die politische Welt davon erfuhr, den staatsbehaltenden Elementen in deutschen Reichstagen fürlich wieder bängliches Herz klopfen bereitet. Die Frage ist aber: Soll der Ton jetzt gelöst und zwar glücklicherweise? Er geht nicht! Ordnungsvorteiliche Blätter, die mit Reichstagskreisen in Beziehung stehen — und welche Berliner Blatt hätte nicht seine parlamentarischen Beziehungen? — ordnungsparteiliche Blätter also wissen triumphierend zu melden:

Der Restaurateur des Reichstages, Hoflieferant Schulze, hatte im Unmuth über die Kritik Singer's gelegentlich des Reichstags-Etats seine Stellung gekündigt, da er ohnehin durch den Umzug und die Neu-Einrichtung starke Einbuße erlitten habe. Auf ein schmeichelhaftes Schreiben des Reichstagspräsidenten hat er seinen Entschluß wieder rückgängig gemacht und „Proktion Schulze“ braucht sich nicht aufzulösen.

Rein, wahrlich nicht! Die auf Umsturz und Untergrabung der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen der Sozialdemokratie haben in ihrer Chimborasso-Freiheit selbst vor dem Heiligsten, was deutsche Männer kennen, vor dem Magen kein Halt gemacht! Soweit ist es gekommen! Der verehrte Ober- und Opretrier des deutschen Parlamentes, diese von den Reichsböten geradezu umschwärzte Persönlichkeit ist vom Umsturz beleidigt worden. Und wie beleidigt! War es nicht unerhört, daß Singer von diesem einigen Manne frech verlangte, er solle seinen Keilern Lohn zahlen; kennzeichnet es nicht aus beschämendste die elende Heildingsgeheimnis dieses Umsturzmenschen, daß er sein Aussehen n. a. mit dem Hinweis begründete, daß Herr Schulze weder Nacht zahle noch Inventarumlösen zu tragen habe? Als ob ein Priester schon jemals für das Wälten in seinen beglückten Räumen Geld gezahlt hätte! Herr v. Beyerow vollbrachte eine wahrhaft erschreckende That, als er Herrn Schulze schmeichelnd hat, aller Vergerniß zum Trost standhaft auf seinem wichtigen Posten zu verharren. Das eine ist aber unabweisbar: Wäre eine erweiterte Disziplinarordnung im Reichstage, die nicht allein der Krone, sondern auch der Kluge, auch Herrn Schulze, ausreichenden Schutz gegen jegliche Beleidigungen gewährt.

Ein phonographisches Rednerpult dürfte demnächst im deutschen Reichstage erprobt werden. Da jetzt im Reichstage mehr von der Rednertribüne wie vom Plage auf gesprochen

wird, so ist, wie man dem „Stenographischen Courier“ (einem in Wiesbaden unter der Redaktion von M. Bronsbein erscheinenden Zentralblatt für Stenographen aller Systeme) mittheilt, Kammerstenograph und Ingenieur Becker in Stuttgart gegenwärtig damit beschäftigt, ein phonographisches Rednerpult zur Aufnahme von Reden zu konstruiren. Herr Becker hofft, demnächst einen praktischen Versuch mit seinem Rednerpult im deutschen Reichstage machen zu dürfen. Gut, daß Bismarck nichts mehr im Reichstage „tauschen“ hat; der würde, soweit seine Person in Frage käme, für schleunigste Entfernung dieses Wahrheitszeugen sorgen.

Das Wohlthun Segen bringt, erfährt wohl am besten der Tuchhändler Herr Hermann A., einer der Leiter der hiesigen Kinder-Volkstüchen. Zu diesen Instituten wenden sich, dem Trünge des Hungers folgend, auch oft Erwachsene, und unter diesen sind, wie bei der Arbeitslosigkeit, die gerade im Kaufmannsgewerbe herrscht, nur zu erklärlich erscheinend, auch viele stellunglose Komptoristen und Lagerarbeiter. Haben diese noch fünf Pfennige bei sich, dann bekommen sie auch ihre Portion Essen, und zuweilen sagt es sich sogar, daß ein gänzlich Mittelloser umsonst gespeist wird. Noch größerer Theil erblüht den Arbeitslosen des Kaufmannsstandes aber, wenn Herr A. selber die Kinder-Volkstüchen inspiziren geht. Dann trägt er wohl nach Stand und Herkommen und ist ein stellungloser Kaufmann am Ort, dann gewährt der Wohlthäter dem armen Teufel das, wonach er sich so oft gesehnt hat: Arbeit, Beschäftigung!

Zwar sehr hoch bezahlt Herr A. seine Bereiteten nicht; die Gehälter variiren bei täglicher Kündigungsfrist zwischen dreißig und sechzig Mark im Monat. Aber Herr A. thut noch mehr! In Rücksicht darauf, daß man sich mit einer oder zwei Mark am Tage nicht gerade glänzend fetteffen kann, sorgt er auch noch dafür, daß den Kerntien seines etwa zwanzig Mann starken Personals ein Preitisch aus der Kinder-Volkstüche gewährt werde. Wenn trotz solcher Freigiebigkeit gar häufig das Personal dieses wahren Wohlthäters wechselt, so liegt das natürlich an nichts anderem, als an der Unbankbarkeit und Begehrlichkeit der Menschen. Herr A. läßt sich dadurch auch nicht irren machen! Er thut nach wie vor völlig selbstlos wohl — sich und andern zum Segen!

Für die angepörrten Brauerei-Arbeiter sind eingegangen: Von einer rothen Hochzeit, Freienwalderstr. 270 M. Von den Steindruckern 10. Mate 3 M. Bierprocente der Arbeiter der Schufabrik von Bergschmidt und Lange 8 M. Die Kommission der Brauer und Brauerei-Hilfsarbeiter.

Die Inhaber von Zammellisten für die angepörrten Brauerei-Arbeiter werden dringend aufgefordert, sämtliche Listen gleichgültig, ob sie gezeichnet sind, oder nicht, bis zum 15. März an die unterzeichnete Kommission einzuliefern. Die Kommission muß zu diesem Termin im Besiz der Listen sein, weil es ihr andernfalls unmöglich ist, bis zum 1. April die Abrechnung fertig zu stellen.

Die Kommission der Brauer- und Brauerei-Hilfsarbeiter, per Adr. J. Wiedemann, Blumenstr. 38, Berlin O.

Eine für unsere heutigen sozialen Zustände bezeichnende Sozialnotiz finden wir in hiesigen Blättern. Sie lautet:

In seinem Glück verunglückt ist gestern Abend ein 65 Jahre alter Mann, der Schneider Georg Koch, der ohne Wohnung ist und mangels jeglicher Mittel dem winterlichen Wetter ausgesetzt war. Er geriet unter die Räder einer Droschke und wurde vor dem Hause Hoher Steinweg 2 mit Verletzungen am rechten Bein von einem am Alexanderplatz stationirten Schutzmann hilflos aufgefunden. Der Beamte nahm sich seiner an und beförderte ihn in einer Droschke nach einem Krankenhause, wo der alte Mann bis auf weiteres dem Kampf ums Dasein entzogen ist.

Was will man mehr? Wenn man des Kampfes ums Dasein, das heißt dem qualenden Hunger entzogen sein will, so hat man weiter nichts zu thun, als möglichst vor den Augen eines Schutzmannes eine Spiegelscheibe zu zerbrechen oder auch sich ein bißchen überfahren zu lassen. Dann wird einem entweder im Gefängnis oder auch im Krankenhause sofort geholfen. Und da haben die Umstürzler noch von Unwilligkeit des Staates, den Armen beizuhelfen!

Ueber den Verluß eines Reichstags-Abgeordneten hatten wir kürzlich eine zwar betäubende, aber vom menschlichen Standpunkt aus nur zu verzehliche Mittheilung zu bringen. Einige Tage darauf konnten wir nach einer Ergänzung der „Eisener Zeitung“ noch berichten, daß der unglückliche Verlierer der 2000 M. der konservativen Abgeordnete Herr v. Herder sei. In unserem Bedauern ist der Name des Herrn v. Herder aber durchaus zu Unrecht bei dieser Gelegenheit an die Öffentlichkeit gekommen. Denn der Herr schreibt uns auf grund des Pressegesetzes:

Vereits vor einiger Zeit enthielt Ihre Zeitung eine Bemerkung über einen konservativen Reichstags-Abgeordneten, der 2000 M. verloren haben sollte, und waren darüber noch weitere Auslassungen erfolgt. In der Nummer vom Dienstag, den 26. v. M., schreiben Sie weiter, dieser Reichstags-Abgeordnete ist Herr v. Herder. Ich habe dazu nun die Bemerkung zu machen, daß diese Notiz unwar und vollkommen aus der Luft gegriffen ist. Ichriten bin weder ich, der Verlierer der 2000 M., noch irgend einer der konservativen Fraktion. Noch genau eingeholten Informationen bin ich aber auch in der Lage, der Wahrheit gemäß zu erklären, daß überhaupt keiner der Abgeordneten des Reichstages jene 2000 M. verloren hat.

Daß Herr v. Herder im Stande ist, der Vorlicht sämtlicher 297 ein derart ungewisshafes und unantastbares Zeugnis auszusprechen, erfüllt uns mit aufrichtiger Bewunderung vor seinem Olyermuth. Denn unter dem leider notorischen Mangel an Selbstthätigkeit bei der erdrückenden Mehrzahl unserer Reichsböten muß die Konstatirung der v. Herder'schen Thatfache nicht allein eine äußerst zeitraubende, sondern auch, was Auslagen für briefliche Recherchen zc. betrifft, recht kostspielige Arbeit gewesen sein. Wir bedauern selbstverständlich in hohem Grade, daß wir die Gewissenhaftigkeit aller Parlamentarier, die ihren Vermögensverhältnissen nach fähig sind, 2000 M. zu verlieren, derart angefaßt haben. Hoffentlich folgt die übrige Presse unserem reumüthigen Beispiel.

Russischer Sprachunterricht für Kaufleute. Im Orientalischen Seminar wird vom 15. April bis 15. August ds. J. Herr Hofrath Schalkew unentgeltlich russischen Unterricht an junge Kaufleute ertheilen, an Ausfänger am Dienstag und Donnerstag, abends 7 1/2—9 1/2 Uhr, sowie an andere Mittwoch und Freitag, abends 7 1/2—9 1/2 Uhr.

Ein gefährlicher Stadtbahnräuber ist am Mittwoch Abend an der Station Warschauer Brücke in der Person des 18-jährigen Kürschners Hermann Große, bei seinen Eltern in Friedrichsberg (Blumenhainstr. 22) wohnhaft, verhaftet worden. Wir erfahren von zuständigen Stelle folgendes: Am Mittwoch Abend gegen 7 Uhr bestieg auf der Station Stralau-Kummelsburg die Frau des Fabrikanten S. aus Kummelsburg ein Koupe II. Kl. eines zur Abfahrt bereit stehenden Stadtbahnzuges, in welches im letzten Augenblick ein junger gut gekleideter Mann hineinsprang. Dieser, der oben erwähnte Kürschner G. nadur der Dame gegenüber Platz, doch kaum hatte der Train den Bahnhof verlassen, als der Fremde von Frau S. die Geldtasche forberte; er wußte die sich anfänglich sträubende Frau zur Herausgabe des Portemonnaies, in welchem sich 1,05 M. befanden, zu zwingen, daß er ihr die Mündung eines Revolvers auf die Brust setzte! Als sich der Zug der Warschauer Straße näherte, bemerkte G. zu seinem Olyer: „Wenn Sie jetzt um Hilfe rufen oder jemand sagen, was hier toeben geschieht, schicke ich Sie über den Haufen.“ Der frische Wulche öffnete sodann die Koupeethür, stieg auf der Station aus, schloß sofort

wieder die Thür und blieb an derselben stehen! Thatsächlich sagte es Frau S. unter diesen Umständen und eingeküchelt durch die vorhergegangene Drohung nicht, um Hilfe zu rufen. Sie vermochte jedoch einen diensthabenden Beamten, ohne daß der Räuber es bemerkte, durch Zeichen zu verständigen, welcher herantret und durch einige Worte der Frau den Sachverhalt erfährt und den S. festhält. Durch Schreie, welche nur mit großer Mühe den Vorhänger vor der Thür der aussteigenden Passagiere zu schämen vermochten, wurde der Räuber zunächst nach dem Stationsbureau gebracht, wohin auch die durch die Aufregung ohnmächtig gewordene Dame geschafft wurde und später wurde S. nach dem 45. Polizeirevier am Stralauerplatz überführt. Bei dem jugendlichen Verbrecher wurden der Revolver, sowie eine Anzahl scharfer Patronen vorgefunden. Nach längerem Zeugen legte S. das Geständnis ab, daß er bereits am Montag Abend eine nach Rummelsburg fahrende Dame mit dem Revolver bedroht, die jedoch aus dem Zuge heraufgesprungen sei. (Es bestätigten sich also die Angaben des jungen Mädchens, deren diesbezügliche Schilderungen von der Behörde nicht recht geglaubt wurden.) Bei dem Kürschner, der noch in derselben Nacht nach dem Polizeipräsidium gebracht wurde, wurde noch eine einfache Habrarte zweiter Klasse vorgefunden, welche mit F durchlocht, also auf der Station Friedrichstraße kapirt worden ist.

Eine rentable Kafffabrik. Erklärliche Sensation, so schreibt das „Verl. Tagebl.“, erregt eine Hausfuchung und daran sich knüpfende Verhaftung, welche gestern früh von der hiesigen Kriminalpolizei bewirkt worden ist. Es handelt sich um die Firma Engelke, Buchholz u. Co., Neue Promenade 8, Fabrik ätherischer Öle, Essenzen, Koulouren und Fruchtzucker-Presserei, deren Inhaber in Verdacht gerathen waren, bei Diebstählen an Fräseagen als Hehler gedient zu haben. Diese Diebstähle, durch welche hiesige und auswärtige Brauereien geschädigt wurden, sind von einer Bande gewerbsmäßig und im großen Umfange schon seit mehreren Jahren betrieben worden, ohne daß man ihnen auf die Spur kam. In vielen Tausenden verpackten die Gebinde aus den Brauereien und wurden der genannten Firma zugeschlüpft, welche in fabrikmäßiger Weise die Brandzeichen der betroffenen Brauereien von den Fässern entfernen ließ und dieselben nach erfolgter Herrichtung den Brauereien wieder verkaufte. Der hiesige Vertreter der Rathenower Brauerei hat das gemeinliche Treiben entdeckt und zur Anzeige gebracht, worauf gestern früh, wie erwähnt, bei der Firma Hausfuchung abgehalten wurde. Es wurde bei derselben auch ein großes Lager von Fräseagen — etwa zweihundert Stück — ausgefunden, die zum Theil noch die Zeichen der gekünderten Brauerei-Etablissements trugen, zum größten Theil aber bereits „neutralisirt“, d. h. von jenen Zeichen befreit und zum Verkauf gesucht waren. Die Inhaber der Firma sind: S. A. J. Buchholz (Kopenhagen), J. W. Engelke und Max Nothig. Letzterer wurde verhaftet, da er speziell die Geschäfte mit den Epibanden abgeschlossen hat, die nur sehr geringe Preise für das gelieferte gestohlene Gut erhalten haben. Mehrere der Diebe sind verhaftet, sie haben die Diebstähle auch eingestanden und ihren Hehler genannt, und hierdurch dessen Ueberrumpelung und Festnahme herbeigeführt.

Unsere Herren Einbrecher hegen anscheinend eine besondere Vorliebe für das Speise- und Kaffeeolal von V. Franke in der Frankfurterstr. 73. Seit kurzer Zeit ist dort zum vierten Male eingebrochen worden. Die Diebe stiegen durch das Klotzenfenster in das Lokal und haben außer 800 mit dem Namen der Firma versehenen Speisemarken die kleine Kasse mit circa 8 M. mitgehen lassen. Da vielleicht der Versuch gemacht wird, die Speisemarken in den Kreisen der Gasse abzusetzen, so ist der Hinweis am Platze, daß dieselben an der Kasse nicht mehr angenommen werden, da inzwischen andere Marken eingeführt sind.

Eine originelle Methode, zu voller Konfession zu kommen, wendet ein Wirth in der Wilmerdorferstraße zu Charlottenburg an. Er entseßelt nämlich unter seinen Gästen, die zum Theil auch aus Banarbeitern bestehen, einen Betitionskurum, indem er mündlich auffordert, in seinem an die Regierung zu Potsdam gerichteten Gesuch durch Namensunterschrift zu bestätigen, daß in dortiger Gegend ein tiefgehendes Bedürfnis für einen Wirth mit voller Konfession vorhanden sei. Selbstverständlich geben nur indifferente Leute zu diesem Bittgesuch ihre Namensunterschrift her; organisierte Arbeiter haben besseres zu thun, als die Privatgeschäfte von Personen, denen sonst die Bestrebungen der Arbeiterschaft völlig gleichgültig sind, in derart plumper Weise fördern zu helfen.

Wir erhalten von Herrn N. Hermann, Hauptverwalter des Guttenberg-Bundes, folgende Zuschrift:
 In der Nr. 48 des „Vorwärts“ befindet sich unter „Lokales“ eine Notiz, betreffend Paul Grube und den Guttenberg-Bund, der folgende Unrichtigkeiten enthält: 1. Paul Grube war nie Vorführer des Guttenberg-Bundes. 2. Paul Grube wird auch nicht wegen Unterschlagung von Geldern des Guttenberg-Bundes strafrechtlich verfolgt. Die Verfolgung desselben hat überhaupt nichts mit dem Bund zu thun. 3. Wird behauptet, der Guttenberg-Bund habe in Verbindung mit Herrn Hermann Plante dafür gesorgt, daß die für den Tarif kämpfenden Buchdrucker in Kirchhain durch Streikbrecher ersetzt worden seien. Auch diese Behauptung ist nicht wahr. Der Guttenberg-Bund hat weder aus sich, noch in Verbindung mit genanntem Herrn irgend jemand nach Kirchhain gesandt. 4. Was die Bemerkung betrifft, daß der Guttenberg-Bund die Vereinigung derjenigen Buchdrucker sei, welche stets bemüht sind, in solchen Buchdruckereien als Streikbrecher zu dienen, wo Mitglieder des Verbandes wegen Nichtzahlung des Tarifs die Arbeit eingestellt haben, so ist auch diese Behauptung nicht wahr. In Kirchhain sowohl wie in mehreren Berliner Fällen ist das gerade Gegenteil der Fall. Verband und Guttenberg-Bund sind hier gemeinsam vorgegangen.
 Wir hoffen, alsbald Herrn Hermann antworten zu können.

Der in Hamburg verhaftete Schiffer Richard Erpel hat vor der Hamburger Kriminalpolizei bereits ein Geständnis abgelegt. Danach hat Erpel nach seiner Beteiligung an der Blögenfasser Affäre mehrere Uhrenläden ausgeraubt, so die Geschäfte von Wroch in Hochkirch und von Stern in Oldesloe. Auf Grund dieses Geständnisses ist es der Hamburger Kriminalpolizei gelungen, die sämtlichen Komplizen, Helfershelfer und Hehler des Erpel zu ermitteln und zur Haft zu bringen.

Für unheilbar geisteskrank ist gerichtlichlich Frau J. aus Spandau erklärt worden, die am 6. Dezember in einem Gasthause unter den Linden ihren zweijährigen Knaben zu erdrosseln versuchte, indem sie ihm ein chloroformgetränktes Taschentuch auf den Mund drückte. Man hat sie jetzt nach einer Irrenanstalt gebracht.

Witterungsübersicht vom 28. Februar 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius) 4-9 U.
Swinemünde	751	SW	4	wollig	-2
Hamburg	755	SW	3	bedeckt	-6
Berlin	752	SW	2	bedeckt	-2
Biesbaden	757	SW	2	wollig	1
München	756	SW	3	wollig	-4
Wien	753	SW	3	bedeckt	-2
Saparanda	753	still	—	Schnee	-17
Petersburg	754	W	1	Rebel	-17
Cort	765	SW	1	heiter	3
Aberlin	766	SW	1	wollig	3
Paris	762	SW	2	bedeckt	0

Wetter-Prognose für Freitag, 1. März 1895.

Zeitweise heiteres, vielfach wolloses Wetter mit Niederschlägen, mäßigen westlichen Winden und langsam steigender Temperatur.
 Berliner Wetterbureau.

Polizeibericht. Am 27. v. M. nachmittags fiel ein Kutscher, welcher mit einem schwer beladenen Wagen auf ein Grundstück in der Alten Jakobstraße einfahren wollte, vom Wagen herunter und wurde durch Ueberfahren schwer an der Brust verletzt. — In der Linienstraße streifte ein Kollwagen einen Handwagen so ungeschickt, daß der den letzteren fahrende Knabe vor die Räder des Kollwagens geschleudert und an beiden Beinen überfahren wurde. — In der Friedrichstraße wurde ein Arbeiter durch eine Droschke überfahren und ihm der linke Unterschenkel gebrochen. — Im Laufe des Tages fanden drei unbedeutende Feuer statt.

Gerichts-Beitrag.

Wegen eines Aktes der Rohheit, der an die neuerdings durch Gerichtsverhandlungen bekannt gewordenen Brutalitäten gewisser Gebildeten erinnert, hatte sich gestern der Hausdiener F r o m m e r t vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten, nachdem einer seiner Komplizen bereits vor mehreren Monaten eine empfindliche Strafe erhalten hat. Frommert selbst konnte damals nicht abgerufen werden, weil er erst später ermittelt worden ist, ein dritter Teilnehmer an der That, der Arbeiter K r e e n ist nach Amerika entflohen. Der Schiffer Habicht befand sich in der Nacht zum 29. Mai in der Freiburger Schanzenstraße an der Ecke der Grün- und Wallstraße. In der Unterhaltung, die sich um den Bierbockott gedreht haben soll, erzählten sich die Parteien. Als man um 4 Uhr morgens aufbrach, schlug der inzwischen verurtheilte Bahnwärter Marx den Schiffer mit einem dicken Knüttel wiederholt über den Kopf, während ihn Kreen und Frommert feischielten. Als er widerstandsunfähig geworden war, schleppten ihn seine Gegner auf das Bollwerk neben der Grünstraße. Marx schlug nochmals auf ihn ein und schließlich wurde er aus einer Höhe von 4-5 Metern in den Kanal geworfen. Zum Glück war das Wasser an jener Stelle nicht übermäßig tief, so daß sich Habicht retten konnte. — Der Angeklagte bestritt entschieden, an dieser Rohheit theilgenommen zu haben, er wurde jedoch durch das Zeugnis mehrerer Personen überführt. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 2 Jahre Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und nahm den Angeklagten sofort in Haft. Das Ersuchen des letzteren, ihn doch erst noch einmal zu seiner Familie gehen zu lassen, da er vier kleine Kinder zu Hause habe, wurde abgelehnt.

Ein untrügliches Mittel gegen die „Schwindsucht“ gefunden zu haben, ist nicht den Forschungen eines Koch oder Viehdiebs vorbehalten geblieben, der Sprachlehrer Hermann Krause hat diese Gelehrten schon längst überlagert. Er weiß durch langjährige Erfahrung ein Mittel an, welches „Lungenschwindsucht in weit vorgeschrittenen Fällen“ heilen soll, und in den von ihm veröffentlichten Dankagungen wird er gepriesen als „Wohlthäter der Menschheit, der zum Heile der Kranken noch recht lange erhalten bleiben möge“. Die Hechseite der Medaille besteht darin, daß nach dem Votum des gerichtlichen Sachverständigen Medizinalrath Dr. Long Kranke und hysterische Frauen das tolle Zeug glauben und daß eine dieser dankbaren Kundinnen des Herrn Krause inzwischen verstorben ist. Auf Schwerkranke üben derartige Annoncen von Kuppelweibern immer ihre Wirkung aus. So war es auch bei der Frau des Silberarbeiters Schloffer der Fall. Die arme Frau litt an hochgradiger Reihlosig- und Lungenschwindsucht, so daß sie von den Aerzten als völlig rettungslos aufgegeben war. Sie las ein Inserat des Angeklagten und, wie der Getränkende nach einem Strohhalm greift, wünschte sie auch dieses Heilmittel zu probiren. Wie ihr Sohn und ihre Schwester, die zu dem Angeklagten eilend wurden, behaupten, hat dieser die Unfehlbarkeit seines Mittels in den Himmel gehoben und sich dahin geäußert: „Für ihn sei eine Bestätigung der Patientin nicht nöthig, denn ihr Zustand stehe ganz klar vor seinen Augen. Wenn nur noch ein freies Lunge vorhanden sei, dann heile er die Krankheit in drei Wochen.“ Er gab für die Kranke 4 Flaschen Arznei à 4 M. mit, die Kranke starb aber nach 14 Tagen. Gerichts-Chemiker Dr. Bischoff hat festgestellt, daß eine der Flaschen ein Gemisch von gereinigtem Honig und Wasser, eine andere eine den homöopathischen Arzneien nachgebildete Nixtur aus ganz indifferenter Pflanzenstoffen enthielt und daß der Wirth eines solchen Flascheninhalts auf 20 Pf. zu bemessen sei. — Das Schöffengericht hat i. Z. in dem Verhalten des Angeklagten eine Vorspiegelung falscher Thatfachen erblickt und ihn mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit solcher Kuppelweibern zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt. Er legte Berufung ein und beharrte auch in der gestrigen Verhandlung bei seinem unerschütterlichen Glauben an die Heilkraft seines Geheimmittels und bei der Behauptung, daß ihm dasselbe von den Verwandten der Frau Schloffer geradezu abgerungen sei. Er habe sofort gesagt, daß die Krankheit schon zu weit vorgeschritten sei und sich schließlich nur durch die Tränen des Sohnes rühren lassen. — Sein Verteidiger Dr. Schöpfs beantragte seine Freisprechung, weil er von der Heilkraft seines Mittels ebenso überzeugt sei, wie Prof. Koch, Prof. Diebreich und der Naturarzt Glänke von den übrigen. — Der Gerichtshof setzte die Strafe auf 3 Monate Gefängnis herab. Bemerkenswerth sind zwei geflügelte Worte des Medizinalrath Dr. Long. Er sagte u. a.: „Eher wird man den großen Wären vom Himmel holen und den kleinen Wären in den zoologischen Garten sperren können, ehe es gelingt, ein Universalmittel gegen Lungenschwindsucht zu finden.“ Und auf die Frage des Verteidigers, ob der Angeklagte nicht ebenso ein Heilmittel glauben könne, wie die Erfinder von Tuberkulin und Cantharidin an die Heilkraft dieser Mittel glauben, sagte der Sachverständige wörtlich: „Ich muß aus voller Ueberzeugung bekunden, daß es mir nicht klar ist, wie man die kleinen Diebe so lange und die großen so laufen läßt.“ Der Staatsanwalt bebauerte, daß hier wissenschaftliche Kapazitäten in einem Athemzuge mit dem Angeklagten genannt worden seien und daß die Sachverständigen sein Gutachten in solcher Form abgegeben habe.

Die dringende Nothwendigkeit einer Reform der Bestimmungen über die jugendlichen Verbrecher zeigte eine Verhandlung vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I hier selbst gegen den Schüler Wandel. Der eben erst 12 Jahre alte, von Gestalt sehr kleine Knabe hat, wie der Vormund dem Gericht erzählte, den Vater am Delirium verlor, die Mutter ist den ganzen Tag außer dem Hause beschäftigt. Auch der kleine ging schon auf Erwerb aus, er handelte an den Markthallen mit Kowerts. Hier soll er sich verschiedener Taschendiebstähle schuldig gemacht haben. Das Schöffengericht verurtheilte ihn deshalb zu 4 Monaten Gefängnis. In der Berufungsinstanz trat der Verteidiger, Rechtsanwalt Heinemann, lebhaft für Umwandlung der Freiheitsstrafe in Zwangsziehung ein, indem er darauf hinwies, daß letztere geeigneter sein könne, aus dem Knaben noch einen brauchbaren Menschen zu machen, während die Freiheitsstrafe ihm einen Mangel aufdrückt, den er nie wieder los werde, der ihn bei allen Arbeitgebern verschlossene Thüren finden lasse. Das Gericht ermäßigte die Strafe zwar auf 3 Monate, beließ es aber im übrigen bei der Freiheitsstrafe, da es die Einsicht in die Strafbarkeit als vorhanden annahm und deshalb nach dem Gesetz gezwungen sei, auf Anordnung der Zwangsziehung verzichten zu müssen.

Kämpfer für Ordnung, Religion und Sittc. Ein aus Sagan zugekommenes Privattelegramm berichtet, daß der

Gerichtsassessor Gerber am Donnerstag von der dortigen Strafkammer zu einem Monat Festung verurtheilt worden ist, weil er sich des Vergehens der Aufforderung zum Zweikampfe schuldig gemacht hatte. Die Dessenlichkeit war ausgeschlossen, da eine Eheverhandlung in der Verhandlung zu streifen war!

Der Staatsanwalt in Reife verfolgt den flüchtigen Referendar Jäger aus Oppeln wegen Sittlichkeitsvergehens. Jäger ist mittelgroß, unterseht, hat volles Gesicht, blondes Haar und einen Anflug von Schnurrbart.

Aus London wird berichtet: Das Polizeigericht in Bowstreet verhandelte heute über die Auslieferung eines gewissen Dominic Jimina alias Dominic Maritich, welcher wegen Betruges innerhalb der Jurisdiktion der deutschen Regierung angeklagt ist. Der Angeklagte leugnete, je in Deutschland gewesen zu sein. Die Anklage wurde verjagt.

Versammlungen.

Der Sozialdemokratische Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 24. Februar eine gut besuchte Versammlung ab, in der Genosse Schöpflin in einem recht beifällig aufgenommenen Vortrag über „Uberglauben“ sprach. Die Versammlungen sollen jetzt regelmäßig alle vierzehn Tage stattfinden.

Eine öffentliche Versammlung der Vergolder, die am 27. Februar bei Schneider, Annenstr. 16, tagte, leitete der Delegirte der Gewerkschaftskommission mit einem interessanten Bericht über die Thätigkeit derselben ein, und präzisirte seine Stellung zu den einzelnen in der Kommission verhandelten Fragen. Die Versammlung verbielt sich zustimmend zu der Stellung ihres Delegirten, der seinerseits eine Wiederwahl ablehnte. Es wurde daher dem Kollegen Höpfer die Vertretung in der Gewerkschaftskommission übertragen. Den Rassenbericht der Agitationskommission gab Kollege Schütte, danach betragen die Gesamteinnahmen inkl. Bestand: 1794,40 M. Diefen stand eine Gesamtausgabe von 1218,47 M. gegenüber. Es blieb somit ein Bestand von 575,93 M. zu verzeichnen. Hieran schloß sich die Neuwahl der Agitationskommission, in welche die Kollegen Starmann, Böhm und Schnorre gewählt wurden, als Revisoren fungiren die Kollegen Krüger und Steidel. In betreff der Reiseer beschloß die Versammlung eine selbständige Feier, wie sie im vorigen Jahre für die Vergolder stattgefunden hat. Die Entscheidung über die Arbeitsruhe an diesem Tage soll einer weiteren Versammlung übergeben werden. Namentlich entspann sich eine recht rege Debatte über die außerordentlichen Mißstände bei der Firma Albert S u l o w in der Seglerstraße. Im Munde der Kollegen wird diese Arbeitsruhe nur mit dem Namen „Knochenmahl“ bezeichnet, die im allgemeinen als das Schreckgespenst aller Lohnvergoldner-Berufstätigen gilt, zu der die Arbeitssuchenden nur im Falle äußerster Noth ihre Zuflucht nehmen. Vor kurzem sind zwei Arbeiter, die vor dem Gewerbegericht nach bestem Recht und Gewissen die Wahrheit sagten, die allerdings nicht zu gunsten jenes Herrn ausfiel, entlassen. Bis auf einen Arbeiter, der erkrankt war, waren die in dieser Werkstatt Beschäftigten anwesend. Uebereinstimmend äußerten diese auch für den abwesenden Kollegen ihre Meinung in folgender Resolution: Wir erklären die Arbeit morgen niederzulegen und übertragen die Verhandlungen dem heutigen Bureau.“ Als Forderungen waren während der Debatte aufgestellt: der Fabrikant verpflichte sich, jedem die Freiheit zu lassen, vor Gericht die Wahrheit zu sagen; ferner verpflichte sich derselbe, seinen Arbeitern eine menschenwürdige Behandlung zu theil werden zu lassen. Zum Schluß wurden die Vertrauensmänner aufgefordert, zu der Sitzung am 12. März zu erscheinen, und ihre Bücher sowie die Zirkulare für die Urabstimmung mit zur Stelle zu bringen.

In einer öffentlichen Versammlung der Konditoren, Zuckerwaaren- und Schokoladenfabrik-Arbeiter und Arbeiterinnen referirte Reichstags-Abgeordneter Genosse S o l l e n b u r h über: „Die Kommission für Arbeiterstatistik und ihre Gegegn.“ Redner führte der Versammlung die Ergebnisse der Untersuchung der im Mai 1892 gebildeten Kommission für Arbeiterstatistik vor Augen, deren Thätigkeit sich zunächst auf Bäckereien und Konditoreien erstreckte. Die Ungeheuerlichkeiten, welche die auf dem Wege der Stichproben vorgenommenen Untersuchungen zu Tage förderten, sollten nach dem Verprechen des Reichstagners auf dem Geheißwege beseitigt werden; doch hat man bis heut noch nicht Zeit gehabt, eine diesbezügliche Geheißpostage einzubringen, dahingegen hatte man es recht eilig mit der Umsturzvorlage. Redner betont, wie außerordentlich dringend die Verklärung der Arbeitszeit ist; ebenso müsse der Lehrlingszuchterei in den Bäckereien entgegen getreten werden. Redner erwähnt die Anwesenheit zu seinem Zusammenschluß in der Organisation. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß für die Pfefferkuchler die Zustände noch schlechter seien, wie in den Bäckereien. Von 3000 Pfefferkuchlern in Deutschland befinden sich höchstens 1000 in Arbeit; ein großer Theil findet nur Beschäftigung im November und Dezember; mehr als 50 pCt. der Arbeitenden hat eine 12- und 13stündige Arbeitszeit außer im September und Oktober. In diesen Monaten muß von früh 6 Uhr bis abends 9, auch 11, in einzelnen Fällen bis 12 Uhr gearbeitet werden. Der Lohn beträgt monatlich 10 bis 15, im allergünstigsten Falle einmal 20 bis 30 Mark. Auf einen mündlichen Auftrag, im Reichstage die Einführung der ganz außer acht gelassenen Pfefferkuchler in die Schutzesgebung zu veranlassen, entgegnete der Referent, daß man wohl nachträglich diesen Beruf einer verordneten Stände zutheilen werde; auf besonders, freilich recht notwendige Schutzbestimmungen sei sodann nicht zu rechnen. Er rathte vielmehr, alles Material über Mißstände zu sammeln und dasselbe zu geeigneter Zeit in Form einer Petition an zuständiger Stelle einzubringen, um die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf solche Zustände zu lenken. Zum Schluß der Debatte stimmte man folgender Resolution zu: „In Erwägung, daß die Berliner Gehilfenschaft nicht länger gewillt ist, auf die Einführung des Maximal-Arbeits-tages auf Grund des § 129a der R.-G.-O. zu warten, verspricht die heutige Versammlung, mit aller Kraft dahin zu agitiren, die Kollegen nicht bloß in Berlin, sondern in ganz Deutschland aufzurütteln, damit sie dem Zentralverband der Konditoren beitreten, und durch denselben einen nachhaltigen Druck ausüben für Einführung des Maximal-Arbeits-tages.“ Hierauf gab der Obmann der Agitationskommission die Abrechnung, nach welcher gegenwärtig ein Bestand von 797 M. vorhanden ist. Die sodann gewählte Agitationskommission setzt sich zusammen aus den Kollegen Koch, Haase und Häfeler, denen die Erfahrenen Riesner, Fliege und Scheune-mann beigegeben wurden.

Vermischtes.

Ein entsetzliches Unglück hat sich am Mittwoch in Chicago ereignet. Es wird darüber berichtet: Im hiesigen Fabrikortel brach heute eine große Feuersbrunst aus. Während des Brandes entfiel eine Pantl unter 25 Kindern, die in einer Karameisfabrik beschäftigt waren. Drei Kinder wurden todtgetreten und viele derselben schwer verletzt. Alles zur höheren Ehre des dreimal heiligen Profits!

Selbstmord eines Arztes. Dr. med. Samuelsohn in Hamburg, welcher sich wegen eines Sittlichkeitsvergehens in Untersuchungshaft befand, hat sich im Gefängnisse erschossen. Wie die „Hamburgische Morgenblatt“ erzählt, hat die Untersuchung ergeben, daß der Verteidiger des Dr. Samuelsohn demselben einen Revolver in das Gefängnis gebracht hat.

Eingelassene Druckschriften.

Der Sozialdemokrat, Central-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Beuthstraße 2). In diesen durch alle Zeitungsredaktionen. Das Abonnement beträgt durch die Post oder in Berlin durch die Zeitungsredaktionen pro Quartal 1,20 M. Kreuzband 1,40 M.
Die Nr. 9 vom 21. Februar hat folgenden Inhalt: Wochenschau. — Winternöcker. — Der Sozialismus in Galizien. — Die unabhängige Arbeiterpartei und die Wahlen zum Londoner Großstadtrath. — Sozialistische Bauernmagazin in Italien. — Ein Brief Ferdinand Lassalle's. — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt. — Todtenliste. — Literaturisches.
Aus dem Reichstage. — Die jugendlichen Arbeiter in der deutschen

Großindustrie. — Beschäftigung von Kindern in London. — Der elektrische Antreiber. — Agrarisches. — Gewerkschaftliches.
Wie erlange ich sicher eine Invaliden- oder Altersrente oder eine Altersversicherung auf Grund des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes? Von Viehoff, Berlin. Verlag von Köber u. Co.

Briefkasten der Redaktion.

Mir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.
Postabonnent Genthin. Der § 37 des Krankenversicherungs-Gesetzes bestimmt, daß die Generalversammlung

aus Rassenmitgliedern besteht, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. — Betrag ist nicht eingegangen. A. G.
A. G. G. Das Mädchen soll nicht zum Säbnertermin gehen, aber möglichst bald zwischen 7 1/2 und 8 1/2 Uhr abends in unsere Sprechstunde kommen.
Fr. Giermann. Senden Sie uns die Aufforderung zu den Tagen wieder zu, an welchen Sie dieselbe wieder eingedruckt haben wollen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.
Freitag, 1. März.
Opernhaus. Fra Diavolo.
Schauspielhaus. Die Nibelungen. Der gehörnte Siegfried. Siegfried's Tod.
Deutsches Theater. Tartuff. Nachbar: Blau.
Leistung-Theater. Aus Berlin W.
Berliner Theater. Madame Sans-Gene.
Uffizien-Theater. Fernand's Ehekonflikt.
Neues Theater. König Heinrich der Vierte.
Theater Unter den Linden. Kapitän Carracciolo.
Schiller-Theater. Der Schwabenstreich.
Bellevalliance-Theater. Verliebte Mädchen.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Der Obersteiger.
Adolph Ernst-Theater. Ein fideles Korps. Geständniß.
Central-Theater. Unsere Rentiers.
National-Theater. Die lebende Brücke.
Alexanderplatz-Theater. Die Königstochter als Bettlerin oder: Die Schule des Lebens.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Raufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Wallner-Theaterstrasse.
Freitag, 1. März, abends 8 Uhr:
Der Schwabenstreich.
Sonnabend, 2. März, abends 8 Uhr:
Der Schwabenstreich.
Abonnementhefte werden täglich von 11-1 und 6-8 Uhr ausgegeben.

Adolph Ernst-Theater
Auftreten der ersten Pirouette- u. Courbette-Tänzerin Englands vom Prince of Wales-Theater in London.
Ein fideles Corps.
Große Gesangsposse mit Tanz. Nach dem englischen Original „A Gaiety Girl“ von Jones Sidney, frei bearbeitet von Eduard Jacobson und Jean Kren. Vorher:
Gelindeball.
Schwank in 1 Akt von Ed. Jacobson und Jean Kren. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Unter den Linden 21.
Ben. Jeden Sonntag Nachmittags Familienvorstellung. Orientalische Ali-Familienvorstellung zu halb. Preisen.
Zauber und Bey's Wunder.
Täglich Anfang 1/8 Uhr.

Donnerstag, den 7. März 1895: unwiderrücklich letzte Vorstellung. (Schluß der Saison)

Circus Renz
Carlstrasse.
Freitag, den 1. März 1895, abends 7 1/2 Uhr:
Letzte Komiker-Vorstellung.
Auftreten sämtlicher Akrobaten in ihren wirkungsvollsten Intermezzos. I. Auftreten der excentrischen Klowns Sylvain und Carr. I. Wiederauftreten der weltberühmten Bonhair-Truppe. Das Apportierpferd Mohr, hierauf Prinz Carneval und sein Gefolge, vorgeführt von Herrn R. Renz. Auftreten der Schulkreierin Frau Renz-Stark. Auftreten der renommiertesten Reitanfängerinnen und Reitanfänger.
Morgen, Sonnabend:
Parade-Gala-Vorstellung zum Benefiz für den Schulreiter und Dressier Herrn Rob. Renz und die Schulkreierin Frau Renz-Stark.
Sonntag, 3. März: 2 Vorstellungen (letzte Sonntagsvorstellungen). Nachm. 4 Uhr: Letzte Kinder-Vorstellung (zu ermäßigten Preisen). Zum letzten Male: Die lustigen Heidelberger. — Abends 7 1/2 Uhr: Extra-Vorstellung: Tjo Ni En.
Fr. Renz, Kommissionsrath.

Central-Theater
Alte Jakobstraße Nr. 30.
Emil Thomas a. G.
Novität! Zum 12. Male: Novität!
Unsere Rentiers.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Wilhelm Mannstädt und Julius Freund.
Musik von Julius Einödhofer.
Anfang 1/8 Uhr.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 182.
Direktion: Max Samst.
Sensationelle Novität!
Gastspiel der amerikanischen Gesellschaft **William Calder**
Mit neuen Dekorationen und Kostümen.
Die lebende Brücke.
(The span of Life.)
Großes Sensationschauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern), nach dem Englischen von Sutton Vane, übersetzt von H. Schwab. Dirigent: Adolph Wiedocke. Elektr. Beleuchtungseffekte v. Raforsky.
Regie: Max Samst.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend Nachm. 4 Uhr: Schüler-Vorstellung.
Vorführung von Nebelbildern wissenschaftlichen Inhalts.

Feen-Palast
Gurgstr. 22, neben der Börse.
Neues colossal. Programm.
Die 8 Grunathos.
Die mysteriösen Liliputaner
(darunter die kleinste Serpentin-Längerin der Welt).
Comain August m. seinem brasilian.
Orang-Utang.
Little Ella, das Wunderkind.
Mr. Paolo Vendaro.
Lilly Wellini, Kostüm-Soubrette.
Wilhelm Fröbel.
Berlins 1. Orig.-Humor-Matador.
Gisella-Trio.
The 4 Original-Dissenatos.
Brothers Utricos.
Anfang: Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonntag: Konzert 6 1/2 Uhr, Vorst. 7 Uhr.

Urania
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Kaufmann's Variété.
Neuerdings
„Station Naucke“
genannt.
Vollständig
16 neue
Stanznummern! **Programme!**
Naucke
ist noch immer der zugängliche Kassen-Magazin, daher bleibt er noch 3 Jahre (aber mindestens), denn ganz Berlin will Naucke sehen, und 1/4 Million Einwohner haben wir, und dazu gehört Zeit, solche Kleinigkeit zu placieren. In Vorbereitung:
Die Kneip-Genies.
Bursche von Emil Naucke und Arthur Bränkel.

Castan's Panoptikum.
Noch nie dagewesen!
Die Riesen des dunkeln Erdtheils:
Die Dinka,
40 Männer, Frauen u. Kinder. Das schockige Mädchen Marietta.
„Präsident Faure“.
Parodie-Theater
Oranien-Straße 52 (am Moritzpl.).
Madame Sans-Gêne.
Vorher:
Grand Café Unfallverhütung.
Zum Schluß:
Heimath.

Passage-Panopticum.
Das Riesen-Kind mit den 24 Fingern.

Bock-Bräuerei
Tempelhofer Berg.
57. Bod-Saison.
Täglich:
Militär-Konzert.
Anfang 5 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Abend:
Sitzung der Orts-Vorwaltung, in der Stallschreiberstr. 29.

Tischler-Verein.
Sonnabend, den 2. März 1895:
Ausserordentliche General-Versammlung
Tagesordnung:
Antrag auf Unterstützung der streikenden Klavierarbeiter. Abrechnung vom Maschinenball. Vereinsangelegenheiten.
249/19 Der Vorstand.

Die Hilfe,
Christlich-soziales Wochenblatt
Herausgegeben von
Pfarr: Naumann in Frankfurt a. M.
sucht an allen Orten Agenten.
Preis vierteljährlich 50 Pf. durch Agenten; 1 M. durch die Post.
Probennummern bei der Expedition, Frankfurt a. M., Obermainstr. 2 zu verlangen. 47/27

Bruchbandagen
aller Art (eigenes Fabrikat), sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege empfiehlt
J. Ch. Pollmann, Linien-Lieferant für Orts- u. Hilfs-Krankenk.

Parteigenossen!
Freunden und Bekannten zur gest. Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage ein
Cigarren-Geschäft
eröffnet habe und bitte ich um gütigen Zuspruch. Hochachtungsvoll
Max Pole, Grüner Weg 122.

Kinderrwagen beschafft Fabrik- angefertigter Privatleuten zu Engrospreisen. Näheres Linienstraße 16, 1 Tr.

Arbeitsanzüge W. Pahr, Brunnenstr. 112.
Seidenstoffe
Sammete, Plüsch, Velvets, Cravattenstoffe. Alles in größter Auswahl. Billiger als in jedem Laden. Stralauerstr. 44, 1 Tr. (Rein Laden!)

Widweidwirts- u. Motherrgeräthe, Jordan, Kleine Markstr. 29.

Ruhebaum-Möbel.
Verkauf sof. vollständige Wohn- und Schlafzimmers-Einricht. spottbill., auch einzeln, sowie Regulator, Teppiche, Bilder, Steppdecken, Plüschgarnitur (Brautleuten empfehlenswerth). Sandweberstraße 5/6.

Sophabezugs-Neste
Tischdecken-Neste, Portieren-Neste, Gardinen-Neste am billigsten Grüner Weg 57.
Kinderrwagen f. 8 M. zu verkaufen, Gurgstr. 22, vorn 2 Tr., Nordmann.

Cigaretten
en gros liefert am billigsten Fabrik **S. Rochmann,** Georgenkirchstr. 55.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 3. März 1895:
VI. Serie. VI. Abtheilung (National-Theater):
Rein Hilfung.
Beginn 8 1/2 Uhr.
VII. Serie. III. Abtheilung (Lessing-Theater):
Der Geizige. Vorher: **Bauernehre.**
Beginn 3 Uhr.
Von Luxemburg sind dem Verein 100 M. überwiesen worden, wofür dem freundlichen Geber bestens dankt.
Der Vorstand der Freien Volksbühne.
300/9 J. A.: Julius Türk, O., Blumenstraße 21.

Achtung! Schuhmacher! Achtung!
Sonnabend, 2. März, abds. 8 1/2 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:
Oeffentliche Versammlung
aller in der Schuhindustrie besch. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Adolf Hoffmann** über den letzten Theil der zehn Gebote. 2. Diskussion. 224/4
Nach der Versammlung findet gemüthliches Beisammensein statt. Um zahlreichen Besuch bittet
Die Agitationskommission. J. A.: G. Schul.

Metallarbeiter!
Sonntag, den 3. März 1895, Vormittags 10 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
sämmlicher Arbeiter u. Arbeiterinnen der Metall-Industrie im **Feenpalast,** Burg- u. Wolfgangstraße- Ecke.
Tages-Ordnung:
1. Rechenschaftsbericht des Vertrauensmannes; Bericht der Revisionen. 2. Neuwahl des Vertrauensmannes. 3. Wie stellen sich die Kollegen zum 1. Mai? 4. Bericht der Delegirten zur Gewerkschaftskommission und Gewerkschaftsberathung.
Der gedruckte Rechenschaftsbericht gelangt in der Versammlung zur Ausgabe. 67/5
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen, da die Versammlung Beschlüsse von weittragender Wichtigkeit fassen soll.
Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.
Otto Häher, Berlin N., Anklamerstr. 44.

Zentralverband der Maurer Deutschlands
(Zahlstelle i Berlin Putzer).
Am Sonntag, den 3. März, vormittags 11 Uhr, in den **Arminhallen,** Kommandantenstraße 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Statist.-Kommission. 2. Entgegennahme von Anträgen zum Verbandstag in Halberstadt. 3. Verschiedenes. 190/14
Die örtliche Verwaltung.

Verband der Sattler und Tapezierer.
Versammlungen
am Sonnabend, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr:
Zentrum: bei Herrn **Wiencke,** Alte Jakobstr. 88.
Tagesordnung: 1. Angelegenheit Förster. 2. Verschiedenes.
Norden: bei Herrn **Fräger,** Fennstr. 5.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Jöhl über: Die moderne Naturanschauung und ihr Einfluß auf die heutige Gesellschaft. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 214/8
Um pünktliches, zahlreiches Erscheinen der Kollegen wird ersucht
Die Ortsverwaltungen.
Der diesjährige Maschinenball findet am Sonnabend, den 9. März, im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 87, statt. Billets sind im Verein zu haben.

Zimmerer Berlins und Umgegend!
Sonntag, den 3. März, vorm. 10 Uhr,
Große öffentliche Versammlung
in den **Arminhallen,** Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung des Delegirten der Gewerkschafts-Kommission. 2. Wie regeln wir unsere öffentlichen Angelegenheiten in diesem Jahre? Eventuell Wahl einer Kommission. 292/6
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann.

Restaurant mit Vereinszimmer weg. Krankheit zu verkaufen; zu erfragen b. **Forst,** Markstr. 39. 289/7b

Für Gesangsvereine etc.
Schöne Vereinszimmer mit Piano, 40 bis 60 Personen, heizbare Kegelbahn noch einige Tage frei! 17982*
Oswald Grauer, Oranienstr. 121

Empfehle mein **Weiss- u. Bairisch-Bier-Lokal** C. Reichert, Bülowstr. 22. 28966*

Vereinszimmer, Klavier (50 bis 60 Personen) zu verg. W. Bülowstr. 7, Hest. „Bärensprung“. 1773b

Heute, Freitag Abend, den 1. März, großes **Est.-Aufspielen.** 28905
H. Noll, Kleine Andreadstr. 16.

Freunden und Genossen hierdurch die Mittheilung, daß ich am 1. März das **Schaufgeschäft von Eigendorf** in **Friedrichshagen,** Wilhelmstraße Nr. 67, übernehme.
Paul Spindler,
früher Reichenbergerstraße 118
Görlicherstr. 42 mehrere freundl. Winterwohnungen, v. 204 M. an, zum 1. April 1895 zu vermieten.
Fäßliertstr. 13 bill. Wohnungen 1 und 3 Tr. 2846b

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

31. Sitzung vom 28. Februar, 11 Uhr. Am Ministerische: Doffe und Kommissarien. Die Beratung des Kultusetats wird fortgesetzt und war beim Kapitel Elementarunterrichtswesen.

Abg. Piesch (3.): Obwohl der Staat schon sehr viel für die Volksschulen bezahlt, haben die Gemeinden immer noch zu schwer an ihren Schullasten zu tragen. Es ist aber erfreulich, daß die Verhältnisse der Elementarlehrer sich schon verbessert haben.

Abg. Segeth (fr.) bekämpft die Auegung des Abg. Conrad, in Oberschlesien den polnischen Religionsunterricht einzuführen. Die Polen, unterstützt von den deutschen Katholiken, wollen die Leute nur dumm erhalten, um sie für ihre Zwecke auszunutzen.

Abg. Vorsch (3.): Nur in der polnischen Muttersprache kann der Religionsunterricht zweckdienlich sein, diese Frage darf man überhaupt nicht als politische ansehen. Es müssen völlig unbefangene Männer mit diesen Angelegenheiten in Oberschlesien befaßt werden.

Bei den Ausgaben für die Kreis Schulinspektion beantragt Abg. Danzenberg (3.), von der Summe von 119 000 M. für 267 Kreis Schulinspektoren 80 000 M. zu streichen und dafür die Position von 700 000 M. für die Remunerationen für nebenamtliche Verwaltung der Schulinspektion um 80 000 M. zu verstärken.

Unter Ablehnung des Antrags Danzenberg werden die Positionen unverändert bewilligt.

Bei den Ausgaben für die höheren Mädchenschulen legt Abg. Seyffardt (nl.) einen höheren Werth auf die Erziehung als auf die Erwerbung von Kenntnissen.

Abg. v. Jazdzewski beantragt, bei den Beihilfen zur Unterhaltung höherer Mädchenschulen die besondere Bestimmung zu streichen, daß 80 000 M. aus diesem Fonds zur Förderung des deutschen Mädchenschulwesens in Westpreußen und Posen und im Regierungsbezirk Posen verwendet werden.

Abg. Dittrich (3.) führt aus, daß zur Erziehung des weiblichen Charakters die Lehrerin geeigneter sei als der Lehrer, daß deshalb namentlich der Unterricht in der Religion, im Deutschen und in der Geschichte von einer Lehrerin erteilt werden müsse.

Abg. v. Deckerman (3.) bedauert, daß im Mädchenschulwesen soviel reglementirt werde; es sei leider das Ziel unserer Schulverwaltung, daß in der ganzen Monarchie alles über einen Kamm geschoren werde. Auch alle Privatschulen sollten sich streng an die Reglements halten, und dagegen verwarne er sich ganz entschieden.

Geheimrath Schneider: Der Minister hat mich beauftragt, zu versichern, daß ihm jeder Gedanke an Inparität in der Behandlung der Mädchenschulen durchaus fern liegt. Die Reform des Mädchenschulwesens ist schon seit 1872 Gegenstand der Prüfung, auf dem damaligen Lehrkongress stießen die verschiedensten Meinungen auf einander. Es haben weitere Konferenzen stattgefunden, Vorträge, Gutachten, Denkschriften. Immer lauter wurden die Forderungen um ein und dasselbe zum Universitätsstudium verlangt.

Nm 4 Uhr wird die weitere Beratung auf Freitag 11 Uhr vertagt.

Versammlungen.

Die Freie Vereinigung der Kaufleute hielt am Montag, den 11. Februar, in den Arminkasseln eine Mitgliederversammlung ab, in welcher Dr. Max Quard, Frankfurt a. M. als Referent, Julius Tark als Korreferent zu dem Thema: „Unsere Taktik“ sprachen. Quard gibt einen kurzen Ueberblick über die Handlungsgehilfen-Bewegung vom Jahre 1848 ab und betont, daß die Bewegung keine künstliche sei, sondern in den sozialen Zuständen liege.

Tark wiederholt kurz die durch die Polemik des „Sozialdemokrat“ bereits hinlänglich bekannten Ereignisse vor und während der Gründung des „Vereins kaufmännischer Angestellter“ in Frankfurt a. M. und zeigt, daß Quard durch seinen Artikel „Handlungsgehilfen und Sozialdemokratie“ in der Probenummer der „Leipziger Volkszeitung“ den Streit provoziert habe.

Blum verliest eine Reihe von Zitaten aus der von Dr. Max Quard redigirten „Kaufmännischen Presse“ vom Jahre 1892 und 1893. Unter anderem macht die „Kaufmännische Presse“ dem erektionären Hamburger Verein ihre Reverenz, preist die glänzenden Kassenverhältnisse desselben und fordert zur Nachahmung auf!

Das Genossenschaftswesen behandelte ein Vortrag des Genossen Dr. Arons, der am 26. d. M. vor einer öffentlichen Schneiderversammlung gehalten wurde. Den Versammlungsteilnehmern lagen folgende fünf Thesen gedruckt vor:

- 1. Die Erfahrung lehrt, daß Produktionsgenossenschaften von Arbeitern entweder zu Grunde gehen oder sich binnen kurzem in kapitalistische Betriebe verwandeln.
2. Konsumgenossenschaften mit rein demokratischer Verfassung haben in England und anderen Ländern, zum Theil auch in Deutschland eine gute Fortentwicklung gezeigt.
3. Konsumgenossenschaften können wie alles Genossenschaftswesen keineswegs die Befreiung aus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung herbeiführen.

Der Referent führt aus: Es sei eine alte Erfahrung, daß in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges, verlornen Streiks und Schwierigkeiten in der Gewerkschaftsbewegung immer wieder die Idee in Arbeiterkreisen auftaucht, auf genossenschaftlichem Wege aus der gedrückten Lage herauszukommen.

Aus einem vom Professor Brentano übersetzten englischen Werk über das britische Genossenschaftswesen von Mrs. Sydney Webb, gibt der Vortragende die statistischen Angaben über die schnelle Entwicklung der Konsumvereine, welche, denen der Weber von Nordale nachgebildet, eine große Verbreitung unter der britischen Arbeiterbevölkerung erlangt haben.

licher Weise? Unsere „vortreffliche“ Vereinsgesetzgebung mache Erfolge wie in Belgien unmöglich. Eine Partei hätte können bei uns die Konsumvereine nicht sein. Trotzdem seien sie nicht von der Hand zu weisen. Daß durch die Konsumvereine das Interesse an der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung abgeschwächt werden könnte, befürchtet der Redner nicht; in seiner Weise sei auch das Motiv begründet, daß man zu Gunsten der vielen Kleingewerbetreibenden, welche in der sozialdemokratischen Partei ihre Vertretung sehen, auf die Durchführung einer an sich guten Maßregel verzichten sollte.

Erster Redner in der Debatte war der Bauanschläger Biese, der mit mehreren seiner Anhänger erschienen war. Er entnahm aus dem Vortrag, daß sich der Referent nicht so sehr von ihm (Redner) unterscheide, als die übrigen Sozialdemokraten, und trat im weiteren für seine Produktionsgenossenschaften ein; nur auf dieser Basis sei ein Zukunftsstaat überhaupt möglich.

Infolge der vorgerückten Zeit wurde die Diskussion, nachdem noch ein anderer Redner sich im Sinne Biese's geäußert hatte, vertagt. Am 11. März wird die Debatte, zu der noch mehrere Redner gemeldet waren, fortgesetzt; die Erledigung der übrigen Gegenstände der Tagesordnung soll gleichfalls in der nächsten Versammlung erfolgen.

Arbeiterbildungsschule, Freitag, Abends von 7-10 Uhr: Lesestunde. 10-12 Uhr: Nacht-Schule. Wollweberstraße 100a und Gadow-Schule.

- Arbeiterbildungsschule, Freitag, Abends von 7-10 Uhr: Lesestunde. 10-12 Uhr: Nacht-Schule. Wollweberstraße 100a und Gadow-Schule.
Arbeiterbildungsschule, Freitag, Abends von 7-10 Uhr: Lesestunde. 10-12 Uhr: Nacht-Schule. Wollweberstraße 100a und Gadow-Schule.
Arbeiterbildungsschule, Freitag, Abends von 7-10 Uhr: Lesestunde. 10-12 Uhr: Nacht-Schule. Wollweberstraße 100a und Gadow-Schule.

- Arbeiterbildungsschule, Freitag, Abends von 7-10 Uhr: Lesestunde. 10-12 Uhr: Nacht-Schule. Wollweberstraße 100a und Gadow-Schule.
Arbeiterbildungsschule, Freitag, Abends von 7-10 Uhr: Lesestunde. 10-12 Uhr: Nacht-Schule. Wollweberstraße 100a und Gadow-Schule.
Arbeiterbildungsschule, Freitag, Abends von 7-10 Uhr: Lesestunde. 10-12 Uhr: Nacht-Schule. Wollweberstraße 100a und Gadow-Schule.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Briefnummer (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll.
D. J. D. Kündigung scheint notwendig zu sein.
H. R. 25. 1. Theologie. 2. Wissen wir nicht.

Berein Neue freie Volksbühne.

Bücher-Lotterie vom 24. Februar bei Keller.

Folgende Nummern haben gewonnen und können noch nicht abgenommene Gewinne bei **Schäffer, Wienerstr. 68**, abgeholt werden:
 Nr. 1. 13. 17. 19. 25. 27. 36. 37. 50. 91. 94. 97. 101. 108. 122. 124. 133. 137. 141. 146. 150. 161. 181. 183. 192. 214. 222. 223. 225. 234. 242. 297. 309. 313. 322. 333. 390. 393. 398. 400. 422. 442. 478. 487. 500. 535. 553. 575. 600. 605. 620. 644. 645. 661. 672. 684. 693. 722. 736. 802. 820. 823. 882. 885. 856. 918. 932. 952. 979. 1004. 1016. 1022. 1035. 1040. 1068. 1074. 1096. 1097. 1151. 1153. 1173. 1178. 1179. 1191. 1193. 1218. 1223. 1236. 1239. 1274. 1284. 1285. 1290. 1301. 1313. 1324. 1328. 1333. 1350. 1355. 1363. 1377. 1379. 1380. 1383. 1398. 1400. 1405. 1450. 1459. 1473. 1480. 1523. 1539. 1549. 1565. 1589. 1623. 1634. 1638. 1658. 1660. 1667. 1670. 1677. 1688. 1712. 1720. 1733. 1753. 1763. 1767. 1784. 1826. 1834. 1845. 1846. 1849. 1852. 1864. 1867. 1900. 1909. 1925. 1933. 1943. 1955. 1970. 1980. 1998. 1997. 2007. 2078. 2085. 2105. 2109. 2115. 2116. 2117. 2125. 2126. 2127. 2136. 2137. 2141. 2146. 2155. 2162. 2190. 2217. 2232. 2240. 2243. 2248. 2250. 2259. 2283. 2274. 2276. 2297. 2306. 2311. 2329. 2336. 2351. 2367. 2371. 2374. 2390. 2394. 2405. 2421. 2445. 2463. 2490. 2511. 2515. 2545. 2548. 2561. 2565. 2593. 2594. 2599. 2600. 2604. 2633. 2646. 2649. 2668. 2673. 2691. 2714. 2737. 2746. 2750. 2764. 2767. 2773. 2789. 2794. 2819. 2826. 2845. 2857. 2858. 2890. 2895. 2904. 2936. 2998. 2976. 2979.

Dienstag, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr,
 in **Schmiedel's Konzertsaal**, Alte Jakobstraße 32.
Vortrag u. Recitationen
 aus Bürger's Gedichten
 von **Dr. Bruno Wille** und Schauspieler **Franz Rössner**.
 Billets à 20 Pf. für Mitglieder und 30 Pf. für Nichtmitglieder
 in allen Zahlstellen.

Samstag, den 3. März, mittags 12 Uhr, im Centraltheater
 1. Vorstellung der Versuchsbühne „Christnacht“.
 Näheres durch Säulen-Plakate. 206/18
Der Vorstand.

Ausnahme-Preise.

Zur Einsegnung!

Donnerstag, Freitag und Sonnabend, 307M
 den 28. Februar, 1. und 2. März.

Cachemir, schwarz, Prima Waare, Mtr. **0,90**
Taschentücher, rein Seinen, Dgd. **1,90**
Unterröcke mit Stickerei Stück **1,50**
Bettvorleger Stück **0,50**
Merveilleux } reine Seide, Mtr. **1,50**
 } Kleiderwaare

Die Ausnahme-Preise gelten nur diese 3 Tage.
A. Wronkow, Oranienstrasse 162,
 zwisch. Moritz- u. Oranienplatz.
 Filiale: Skalitzerstr. 62.



Halb und Halb.

Mampe mit Pomeranzen

Feinste Likörmischung
 Champagnerflasche **Mark 1,25**
Carl Mampe
 Berlin, Votranenstr. 24.
 Ueberall zu haben!

Künstl. Zahno 2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Theilzahlung. Zahnarzt **Wolf**, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. 26116

Carl Scholz, Wrangelstraße 32.

Glaserei, Spiegel und Bildereinrahmung.

Kompl. gerahmte Bilder von Cassala, Mary, Hafenclever u. a. in sauberster Ausführung. Einsprüche, Wästen, Photographien in Cabinet und Biscuit. Große Auswahl von Stahl- u. Kupferstichen, Delgemälden u. Oelbildern. Den Genossen im VI. Wahlkreise zur Kenntniss, daß der Zeitungsgelditeur **Genosse Mars**, Kasanien-Allee 96, eine Filiale meiner Artikel übernommen hat. (Besonders zu empfehlen: Der 1. Mai.)

Rum

anerkannt gut, Literflasche à 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Flaschen à 10 M. billiger.
Echt Stonsdorfer Likör à Liter 1,20, 5 Liter 5,50, 10 Liter 10,—.
Jingber-Likör, magensüßend, Literflasche à 1,10, 1,60, 2,—.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, vorzüglich, Literflasche à 1,20.
Ungarwein, med. süß, 1/2 Ausbruch à Literflasche M. 2,10. 3239M
Eugen Neumann & Co., Belle-Allianceplatz 6a, Neue Friedrichstr. 81,
 Oranienstr. 8, Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

Feßsäle im Industrie-Gebäude

Genthstraße Nr. 20-21
 16065*
 (Berein junger Kaufleute).
 Empfehle meine eleganten Feßsäle, bis 300 Personen fassend, zu Versammlungen und Vergnügungen. Vereinszimmer für 20 bis 100 Personen.
Moritz Cohn, Restaurant „Zur neuen Post“.
 Anerkannt am billigsten und besten werden Uhren repariert bei **Kluge, Bergstr. 6.**
 Buchführung, auch stundenweise, besorgt zuverlässig **Kölln, Saarbrückerstr. 7.** 28550b

Stempel- u. Abzeichen-Fabrik. **H. EUTTMANN** GRAVÜR & BRUNNENST.

Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königsstr. 59, vorn I., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit verlichen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderständer 15, Küchenständer, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Springsfeder-Matratzen 18, Aufbaum-Kleiderständer 30, Stühle 8 Mark, hochfeine Ruchseleiderständer 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibtische, Damenschreibtische 30, Zylinderbureau's, Schreibsekretäre 15 Mark, Garderobenspänen, Paneelelphas 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Confortische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlin's zu besichtigen u. sich von dem staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

Rohtabak.

Grösste Auswahl! Billigste Preise!
 Lager in Formen, Bockfaçons.
Heinrich Franck,
 Nr. 185, Grunnenstraße Nr. 185.

Bettfedern

dreifach gereinigte neue, vorzüglich füllend, Pfund 60, 70, 80 Pf. Halbduunen 1,10. Halbduunen, Silberhell 1,40. Duunen von vorz. Qualität (1/2 Pf. genau zum größten Coerbst) Pfund 2,70, empfiehlt das als streng reell bekannte, 1895 geprüfte Spezialgeschäft v. **S. Pollack**, Oranienstr. 61, am Montagtag.

Sophastoff-Reste

in Nips, Damast, Crêpe, Phantast, Gobelin und Plüsch spottbillig! Proben franko!
 in allen Qualitäten zu Käuferhoffe in Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Einsegnung:

Große Auswahl
Schwarze Cachemirs, reine Wolle, doppeltbreit, Meter 75 Pf., 1 M., 1 M. 25 Pf., 1 M. 50 Pf. und 2 M.
Schwarze Diagonals, reine Wolle, doppeltbreit, Meter 95 Pf., 1 M. 25 Pf., 1 M. 50 Pf. und 2 M.
Schwarze Phantaststoffe, reine Wolle, doppeltbreit, Meter 1 M., 1 M. 25 Pf., 1 M. 50 Pf. und 2 M.
Schwarze Jaquets, in den Größen genau passend, für Confirmanden, 7 M. 50 Pf., 9 und 10 M. Fortlaufend Eingang neuester Frühjahrs-Kleiderstoffe. Große Auswahl moderner Regenmäntel.
Sielmann & Rosenberg, Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.

Möbel-Gelegenheitskauf

zu außerordentlich billigen Preisen. Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Elegante Aufbaum- u. Mahagoni-Kleiderständer und Vertikows 30 M., einfache 15 M., Sophas, Bettstellen mit Matratzen 20 M., Waschtisellen, Küchenständer, Kommoden 12 M., Stühle 3 M., Sophasische 6 M., Säulen-Trumeaus 65 M., Plüschgarnituren 60 u. 100 M., Aufschlupfen 40 M., Paneelelphas 80 M., Buffets, Silberchränke, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Zylinder-Bureau, Spiegel. Wenig gebrauchte Möbel zu halben Preisen und sollte es niemand veräumen, der gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel werden bis 1. April kostenfrei aufbewahrt, transportirt und aufgestellt. 16849*
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.
 Täglich, auch Sonntags Veru. von 7-9 Uhr.
Verkauf von gedöhtem Rind- u. Schweinefleisch à 30-40 Pf. per Pfd.
Rückensett à 45 Pf. per Pfd.
Verwaltung der Kochanstalt Central-Viehhof.

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Lehrplan für das Winterhalbjahr 1894/95.

	Nord-Schule. Müllerstr. 179a.	Südost-Schule. Waldemarstr. 14.
Montag	Natur-Erkentnis. (Die Darwin'sche Theorie.)	Volkshilfliche Medizin.
Dienstag	Volkshilfliche Medizin. (Erste Hilfe bei Unglücksf.)	Nationalökonomie.
Mittwoch	Nationalökonomie.	Geschichte (neueste seit 1848).
Donnerstag	Geschichte (Mittelalter).	Naturerkenntnis. (Die Abstammung des Menschen). Deutsch (Literatur). Diskutir-Übungen. (Das Erfurter Programm.)
Freitag	Deutsch (Literatur).	
Sonnabend	Diskutir-Übungen.	

Die Schulräume sind Abends von 1/8 8 Uhr an geöffnet (Sonntags 10-12 Uhr), um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, in dem außerordentlich reichen Zeitungs-, Zeitschriften- u. Material zu studiren. Der Unterricht beginnt um 1/8 8 Uhr und endet um 1/8 11 Uhr. Die Theilnahme an der Lesüre und dem Unterricht steht Jedem, auch Nichtmitgliedern an einem Abend im Semester unentgeltlich frei. Für sämtliche Lehrbücher werden zu jeder Zeit neue Teilnehmer (Damen und Herren) aufgenommen. In größeren Lokalitäten werden in bestimmten Zwischenräumen große Versammlungen abgehalten, in welchen wissenschaftliche Themat's in volkverständlicher Weise behandelt werden. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 25 Pf. monatlich. Das Unterrichtsgeld beträgt monatlich für jedes Unterrichtsfach 25 Pf.; für den Sonnabends-Unterricht wird kein Entgelt erhoben. Die Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt an endstehenden Zahlstellen, deren je eine auch in jeder Schule errichtet ist. Die Zahlstellen sind folgende:

- | | | | |
|------------|---|------------|--|
| S. | Schöning, Stallschreiberstr. 29. | N. | Nordschule, Müllerstr. 179a. Gnadt, Putzmeisterstr. 32. Kleinert, Müllerstr. 7a. Wernau, Hofenthalerstr. 57. |
| SO. | Südostschule, Waldemarstr. 14. Schulz, Admiralstr. 40a. | NO. | Kamlok, Barnimstr. 42. |
| SW. | Grube, Mariendorferstr. 5. Windhorst, Junkerstr. 1. | NW. | Vogtherr, Stephanstr. 29. |
| O. | Tempel, Langestr. 65. | W. | Verner, Bülowstr. 59. |
- Die Bibliothek ist abendlich geöffnet und steht jedem Mitgliede zur unentgeltlichen Benutzung zur Verfügung.

Achtung! Stralau. Achtung!

Sonntag, den 3. März 1895, nachmittags 1 1/2 Uhr:
Große öffentliche Schiffer-Versammlung
 im Lokale des Herrn **Schröder** (Alte Taverne).
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: „Das neue Schiffer-Gesetz“. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Alwin Gerisch**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Die Schiffer von Stralau und Umgegend werden um recht zahlreichen Besuch dieser Versammlung gebeten. 251/19
Der Einberufer: E. Seif.

Starker! Starker!

Am Sonntag, 3. März, vormittags 11 Uhr,
Grosse öffentliche Versammlung
 in **Schneider's Gesellschaftshaus**, Belforter-Strasse 15.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: „Gewerkschaftliche Organisation und deren Zweck“. Referent: Genosse **Augustin**. 2. Diskussion. 3. Beschlußfassung über einen zu gründenden Verein der Starker von Berlin und Umgegend.
 Erscheint Mann für Mann!
 28016 **Der Einberufer: August Biesenid.**

Berein der Bauanschläger

Berlins und Umgegend.
General-Versammlung
 Sonntag, den 3. März, vorm. 10 1/2 Uhr,
 bei **Buske**, Grenadierstraße 33.
 Tages-Ordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Wahl von Krankenbesuchern. 3. Antrag des Kollegen **G. Vergau**. 4. Antrag des Kollegen **W. Hertel**. 5. Verschiedenes und Fragelosen. 84/16
Der Vorstand. J. M.: Wiegand.

In Roh-Tabaken und Utensilien für Cigarren-Fabrikanten !! billigster Einkauf!!

W. Hermann Müller
 Berlin
 Alexanderstr. 22.
 Strong reelle Bedienung.
Creditgewährung nach Uebereinkunft!!
 Ein Jeder mache den Versuch.
Achtung!
 Jahressatz, auch Theilzahl. wöchentl. 1 Mark, Gudel, Lauffer Platz 2, Gasserstr. 12.

Vereinszimmer zu verg. Krautstr. 39.
Alte Stiefel, gr. Auswahl. Best. u. Reparatur. reell u. bill. **Kunze**, Reichenbergerstr. 178. 28926*

J. Sturm, Münzstrasse 5, Friedrichstr. 25/26
Bonbon, Marzipan, Confituren.
 Bei Erhält, Pasten u. mache man einen Versuch **Sturm's Pectoral-Bonbon**, per Packet 20 Pf.

Arbeitsmarkt.

Flotter Schriftsetzer

jed. Sonnabend u. 9-11 Uhr Vorm. gesucht, p. Std. 75 Pf. Lach, Auguststr. 82.
 Tüchtige Schneider auf schwarze Damenjackets, Kragen und Capes werd. bei Vorzeigen von Proberarbeit dauernd beschäftigt bei guten Preisen von **L. Nickelsburg**, Werderstr. 6.
 Bilderrahmenmacher verlangt Kottbuser Ufer 32. [2570b
 Berlins. a. Bl. Seiden Markusstr. 44 2 Tr. 2537b